

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Preis pro Nr. 20 Pf.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Preis pro Nr. 20 Pf.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Fabrikstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich M. 1.50, monatlich 55 Pf. — Postzeitungsliste Nr. 4059, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühren betragen für die viergespaltene Zeilenbreite oder deren Raum: 15 Pf. für Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur 10 Pf., auswärtige Anzeigen 20 Pf. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, spätere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden!

Nr. 149.

Sonnabend, den 30. Juni 1906.

13. Jahrg.

Siehe eine Beilage.

Jeder ein Agitator!

Ist das möglich, daß jeder Arbeiter seiner Partei ein Agitator sein kann? Gewiß! Und jeder Arbeiter sollte es auch sein. Freilich ist nicht jeder in der Lage, als Redner aufzutreten; nicht jeder ist imstande, das in freier Rede in einer vielköpfigen Versammlung zum Vortrag zu bringen, was sein Inneres bewegt.

Auch schriftstellerisch können sich die wenigsten Arbeiter betätigen, die Schulbildung, die den Kindern des werththätigen Volkes zuteil wird, reicht dazu nicht aus. Was auf der einen Seite zu viel — an Gesangbuchversen, Bibelprüchen und biblischen Geschichten — geboten wird, muß an andern Sächern gelindert werden. Und wie wenig Arbeitern ist es vergönnt, sich selbst weiter zu bilden!

Trotzdem kann sich jeder Arbeiter seiner Partei nützlich machen, kann jeder Klassenbewußte und zeltbare Proletarier seine Ideen propagieren: Was der einzelne nicht vor Hunderten in öffentlicher Versammlung sagen oder vor Tausenden in einer Zeitung schreiben kann, das vermag er einem, zweien oder dreien seiner Kameraden auseinanderzusetzen. Und das kann täglich geschehen. Hunderte von Vorlesungen bieten Tag für Tag Gelegenheit, auf die Ursachen der Not hinzuweisen, die Hunderttausende bedrückt.

Neben dieser unaufhörlichen Agitation von Mann zu Mann kann der einzelne auch seiner Partei dadurch nützen, daß er fortgesetzt für die Verbreitung des Parteiblattes wirkt. Die Agitation für die Parteipresse ist die erfolgreichste und deshalb ist auch die Agitation für die Parteipresse eine vornehmliche Pflicht jedes Gefinnungsgewissen. Wer jemals Abonnent eines sozialdemokratischen Blattes gewesen ist, der weiß die Bedeutung dieser schneidenden Waffe des Proletariats zu würdigen und begriff auch die Wut der gegnerischen Presse.

Welch enormer Fortschritt wäre es, wenn jeder unserer Anhänger zum Quartalswechsel auch nur einen neuen Abonnenten gewänne!

Jeder sei Agitator!

Neue Kolonialskandalosa.

Das „Deutsche Volksblatt“ und Publikationsorgan des Reichstagsabgeordneten Erzberger weist wieder etliche hübsche Geschichten über die Verwendung der Reichsgelder in der Kolonialabteilung zu erteilen. Das erste Geschichtchen behandelt die Seeversicherungen der Kolonialabteilung. Erzbergers Blatt berichtet:

„Die Posten in den einzelnen Etats sind hierfür nicht besonders ausgeworfen; aber sie erreichen immerhin eine beträchtliche Höhe. Auch hier existiert in der Kolonialabteilung ein lausliches Monopol, indem die gesamte Seeversicherung ununterbrochen der Transatlantischen Versicherungsgesellschaft übertragen worden ist. Viele leistungsfähigere Gesellschaften, die aber nicht die Söhne von maßgebenden Herren der Kolonialabteilung beschäftigen, haben versucht, an dieser Versicherung teilzunehmen; jedoch ohne Erfolg. Eine Ausschreibung hat nie stattgefunden, nur die Versicherung für Tiere und das schwimmende Material (Schiffe usw.) sind endlich auf Drängen der Konkurrenz ausgeschrieben worden. Hierbei ist nun das überraschende Resultat erzielt worden, daß bedeutend geringere Prämien bezahlt wurden und daß die Transatlantische Versicherungsgesellschaft wegen erheblicher höherer Prämienätze stets ausfiel. Aber sonderbar! Trotz alledem erhielt die genannte Gesellschaft für die übrigen großen Werte stets wieder die Versicherung zugeteilt. Eine leistungsfähige Versicherungsgesellschaft (der Name steht zu Diensten) versuchte nunmehr vor Jahresfrist erneut, die Monopolstellung der Transatlantischen Versicherungsgesellschaft zu erschüttern. Mit welchem eigenartigen Erfolge? Die Monopolfirma wurde angewiesen, für Südwestafrika Rückversicherungen mit dieser und einer süddeutschen Firma einzugehen. Dies geschah, denn die beiden Gesellschaften hatten sich zu verpflichten, hohe Rückprovisionen an die begünstigte Monopolfirma zu geben; die Rückprovisionen der norddeutschen Firma waren einige Prozent niedriger, um die Konkurrenz und den Sturmhauf dieser Gesellschaft auszuschießen. In Südwestafrika ist nun das Risiko infolge Brandung und der schlechten Sandwüstenverhältnisse das denkbar größte;

trotz dieses ungünstigen Versicherungsgeschäftes aber läßt sich die Transatlantische Versicherungsgesellschaft noch Rückprovisionen geben; man kann daraus schließen, wie ungemein hoch die Prämien für Südwestafrika sein müssen.“

Folgt Nummer 2:

„Im Etat der Kolonialabteilung findet sich in Kap. 60 Titel 4 schon seit Jahren der Vermerk: Ein Expedient erhält für die Dauer der Führung der Geschäfte des Vorstehers der Geheimen Kalkalatur eine pensionfähige Zulage von 600 M. Es ist interessant, was nun bezüglich der Verwendung dieser Summe ein in Kolonialfragen oft genannter Zentrum-Abgeordneter in der Budgetkommission feststellen konnte. Hofrat Tsch. war bis 1. August 1901 Vorstand der Kalkalatur; an diesem Tage erhielt er andere Geschäfte (Hilfsarbeiter im Finanzreferat, also Gehälte des Etatsreferenten Geh. Rat Dr. Seib). Tsch. dem hat Tsch. die ausdrückliche für Wahrnehmung der Kalkalaturvorstehergeschäfte ausgeworfenen 600 Mark bis jetzt, also fünf Jahre, weiterbezogen und entsprechende Quittungen über die Funktionszulage geleistet. Nach den Dikturabzügen mußte die revidierende Behörde, auch der Rechnungshof, annehmen, Tsch. sei weiter Kalkalaturvorstand, in Wirklichkeit waren diese Geschäfte einem inzwischen zum Hofrat befördertem Heinz übertragen worden. Dieser erhielt aus dem Personalreferat jährlich 400 M. Hofrat Tsch. hat also mit Wissen des Personalreferenten v. König und des Finanzreferenten Dr. Seib eine ungesetzliche Zulage bezogen und falsche Quittungen ausgestellt. Diese Darstellung konnte in der Budgetkommission nicht in Abrede gestellt werden.“

Nummer 3 handelt von einem Verwandten des Kolonialabteilungsvorstehers v. König, dem pensionierten Oberst Fleck. Der Oberst wurde im Kolonialamt beschäftigt. Er sollte 4000 Mark Gehalt bekommen. Da jedoch Gehalt und Pension zusammen das Dienstverdienst eines aktiven Obersten übersteigen hätte, wäre die gesetzliche Kürzungsbestimmung in Kraft getreten, wonach das Einkommen auf dasjenige eines Obersten im Dienst zu reduzieren gewesen wäre. Dies wollte man nun dadurch schlau zu verhindern, daß man das Gehalt in zwei Teile zerlegte und den einen als „Dienstaufwandsentschädigung“ bezeichnete, die natürlich für die Kürzungsbestimmungen nicht in Rechnung gezogen wird. Das „Deutsche Volksblatt“ erzählt dazu:

„In der Budgetkommission hat der Vertreter des Kriegsministeriums ausdrücklich eine solche Regelung für ungesetzlich erklärt. Der Vertreter der Kolonialabteilung aber wußte laut Kommissionsbericht darauf zu Protokoll geben: „Es trifft zu, daß wegen dieser Dienstaufwandsentschädigung von 1200 Mark nach den Bestimmungungen eine Kürzung der Pension bezüge nicht stattgefunden hat. Ich bin zu der Erklärung ermächtigt, daß in der Kolonialverwaltung für die Zukunft genau nach den im Kriegsministerium beobachteten Grundätzen verfahren werden wird, und insbesondere, daß Dienstaufwandsentschädigungen nur in solchen Fällen gegeben werden, in welchen auch der Schein einer Umgehung der gesetzlichen Kürzungsbestimmungen von vornherein ausgeschlossen ist.“

Die Anschuldigungen des ultramontanen Blattes belegen nichts weniger, als daß Reichsbeamte die Reichskasse bestohlen und betrogen haben. Sind die Angaben wahr, so könnte eine auf Reinlichkeit haltende Regierung nicht anders, als die Schuldigen dem Staatsanwalt zu übergeben. Sind die Angaben des Zentrumabteilungs nicht zutreffend, so ist es Aufgabe der Regierung, unverzüglich für weitestgehende Klarstellung der drei Fälle Sorge zu tragen. Die Geschichten erinnern geradezu an russische Korruptionsfälle vor der Revolution. Viel Vertrauen hat die Kolonialregierung nicht mehr zu verlieren. Gelangt es ihr nicht, diese neuen Beschuldigungen zu entkräften, so weiß jeder ehrliche Mann, wie er eine derartige Wirtshaft und ihre Stützen einzuschlagen hat.

Politische Mundschart.

Deutschland.

Ich dementiere mir! Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ läßt ihrem feinerzeit gewürdigten „Dementi“ vom 23. Juni 1906 jetzt noch nachfolgende „Ergänzung“ folgen:

1. Es ist unwar, daß ein Postpre-Untersoffizier zu einem Hoch auf die Sozialdemokratie gezwungen worden sei. 2. Bei dem für den Süden (nördlich der Linie Bindhut—Gobabis) zuständigen Gericht sind seit Juni 1904, dem Zeitpunkt der ersten Entsendung von Verurteilungen nach dem Süden, keine Fälle von Meuterei oder tätlichen Angriffen gegen Offiziere vorgekommen.

Dies neue Dementi richtet sich gar nicht gegen die vom „Vorwärts“ bekannt gegebenen drifflischen Mitteilungen. Denn die Behauptung, ein Postpre-Untersoffizier sei von seinen Leuten zu einem Hoch auf die Sozialdemokratie gezwungen worden, wurde nicht vom „Vorwärts“ der einen ganz anderen Fall im Auge hatte, aufgestellt, sondern von der offiziellen „Neuen Militärischen Korrespondenz“. Die Offiziosen dementieren sich also selbst! Ebensovienig war von dem „Vorwärts“ behauptet worden, die Meutereifälle seien von dem für den Süden des Schützgebietes zuständigen Gericht abgeurteilt worden. Die Offiziosen täten also gut, statt sich selbst zu dementieren oder Meutereifälle zu bekräftigen, mit Details über die von der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ am 23. Juni selbst zu gestandenen, aber vorsichtigerweise nicht näher charakterisierten Fälle aufzuwarten!

Aus Altona-Ferlohn kommen widersprechende Nachrichten. Eine Meldung besagt: Bisher wurden Stimmen gezählt für unsern Genossen Haberland. Barmen 10621, Müller (Fp.) 7956, Klode (S.) 7725, Gaarmann (M.) 6761 und Kruiser (Christlich sozial) 1795 Stimmen, 16 Dote fehlen noch. Während hiernach also Stichwahl zwischen Sozialdemokratie und Freisinn stattfinden müßte, kommt nach einer anderen Nachricht Genosse Haberland mit dem Zentrumslabidaten in Stichwahl. Das amtliche Wahleresultat wird wohl erst genaue Aufklärung geben.

Der Reaktion auf dem Verkehrsgebiete angeschlossenen hat sich nun auch die württembergische Regierung. In der Kammer der Abgeordneten wurde an die Regierung die Frage gerichtet, ob sie im Hinblick auf die vom Reichstage beschlossene Resolution, am 1. Juni 1906 eine Erhöhung der Tarife für Postarten, Drucksachen, Warenproben und Geschäftspapiere im Orts- und Nachbarortsverkehr einzuführen, an den bisherigen Tarifen festzuhalten gedenke. Minister v. Besäcker erwiderte namens der Staatsregierung: Die Regierung ist der Ansicht, es könne angesichts der Aenderung der Tarife der Reichspost an des hier in Betracht kommenden Tagen im württembergischen Orts- und Nachbarortsverkehr nicht in dem Ausmaß der bisherigen Erleichterungen festgehalten werden. Mit anderen Worten also: Württemberg macht die Posterhöhung auch mit! Das war seit einigen Tagen vorauszu sehen, denn ein offiziöser Artikel des „Schwäbischen Merkur“ hatte darauf mit allerlei Scheingründen schon vorbereitet.

Dem ostafrikanischen Sandwüstenkriege sind wiederum 2 Mann zum Opfer gefallen.

Rußland.

Meuterei überall. Allenthalben gärt es in der russischen Arme, und von allen Seiten, aus Petersburg wie aus dem fernsten Osten, kommen Meldungen von Soldatenversammlungen und Gehoramsverweigerungen, ja, offener Rebellion. Garde und Linie, Landwehr und Marine sind in gleich hohem Maße daran beteiligt; sogar die Kosaken wollen die ihnen zugewandte Blutarbeit nicht mehr ausführen. In den letzten wenigen Tagen sind uns, so schreibt die offiziöse „Petersb. Pol. Korr.“ vom 26. Juni, Meldungen aus verschiedenen Garnisonen des zaristischen Reiches gekommen, die die Gefahr deutlich zeigen. Im vornehmsten russischen Garde-Infanterieregiment, dem Preobrahsenski-Regiment, sind die Verhältnisse äußerst prekärer Natur: Monate hindurch mußten dort Soldatenberhaftungen auf politischer Grundlage vorgekommen werden, und endlich hat man sich entschließen müssen, die Einzelbataillone des Regiments auf verschiedene Garnisonorte zu verteilen. Aber auch dies scheint wenig geholfen zu haben; denn erst vorgestern hat das erste Bataillon — das, nebenbei bemerkt, in Peterhof in Garnison liegt — eine Kollektivforderung von 19 Punkten dem Divisionsgeneral Osierow übermittlelt, deren erster Punkt beziehungsweise die Forderung anstellt, die sozialistische Arbeitsgruppe der Duma in deren Verlangen nach Land und Freiheit zu unterstützen. Ein zweites Garde-Infanterieregiment, das Semenovskje Regiment, dessen Teilnahme an der „Pazifizierung von Kossau“ wohl noch in Erinnerung sein dürfte, zeigt neuerdings böse Anzeichen wachsender polnischer Gärung: als vor einigen Tagen das sogenannte Schiffformando des Regiments zur Feldübungsübung ausrücken sollte, begrüßte es den Regimentskommandeur, General Ris, der mit den üblichen Begrüßungsworten an das Kommando herangetreten war, mit tiefem Schweigen; wenige Minuten darauf erschien auf dem Kasernenhof eine Garde-Schützenkompanie, welche das unbotmäßige Gefolge des Kommandeurs entwaffnen sollte — aber die Gardehelfer lehnten es rundweg ab, ihre Kameraden von dem Semenovskien Regiment zu entwaffnen. In Ruzsk droht es ebenfalls recht bedenklich: der dortige Divisionskommandeur hatte vor einigen Tagen die gesamte Garnison vor sich befohlen und sich an diese mit der Frage gewandt, was sie denn eigentlich wollten? Die Antwort fiel darauf aus, daß der Chef der Division es für richtig hielt, weitere

Fragen nicht mehr zu stellen. Bemerkenswert ist die fernere Tatsache, daß selbst die Kosaken-Regimenter, deren Stellung der revolutionären und Freiheitsbewegung gegenüber hinsichtlich bekannt ist, nunmehr auch ihrerseits bedeutende Zeichen von „Arbeitsfähigkeit“ und „Anspruchbarkeit“ an den Tag legen. So haben wir, daß das 136. Don-Kosaken-Regiment dringend seine Demobilisierung fordert; zwei Solaken (Schwadronen) sollen bereits den weiteren Dienst beizugehen. Ähnlich sieht es in verschiedenen Regimentern der Drenburger Kosaken aus: das 14. Regiment hat eine Besonderebeschriftung an den Demobilisierung seiner Umstände auf eigene Faust vorzunehmen. Der Duma-Abgeordnete der Terel- und Kubankosaken, Admolov, erklärte uns gestern, die Stimmung seiner kosakischen Wähler sei höchst bedrohlich; er habe aus diesem Wahlbezirk nicht weniger als vierzehn Resolutionen mitgebracht, worin die Forderung auf sofortige Entlassung der mobilisierten Kosaken-Regimenter enthalten ist. „Wir sind zum Kriege und nicht zum Polizeidienst einberufen worden; so heißt es in den meisten dieser Resolutionen! — Der Petersburger Telegraphen-Agentur wird aus Datum vom 26. d. Mts. gemeldet: Am 24. d. Mts. machte sich bei der zweiten Kompagnie der Festungsartillerie große Erregung bemerkbar. Die Mannschaften stellten Forderungen wirtschaftlicher und auch auf den Dienst bezüglicher Natur. Als die Ermahnungen der Vorgesetzten nichts fruchteten, wurde eine Abteilung Kosaken herbeigerufen, um die Kaiserin zu beschützen und die Mannschaften zu verhindern, daß sie sich der Gewehre und Geschütze bemächtigen. Die Mannschaften beruhigten sich, doch flohen mehrere Soldaten in die Quartiere anderer Kompagnien und zwar in Gesellschaft zweier Zivilpersonen, die dann das Gerücht ausbreiteten, von den Kosaken werde auf die zweite Kompagnie geschossen. Infolgedessen kam es auch bei mehreren anderen Kompagnien zu Ausschreitungen; die auffälligen Mannschaften wurden während der ganzen Nacht von Truppen umzingelt gehalten. Am nächsten Morgen gaben sie reumütigem Gehorsam über ihr Verhalten Ausdruck und laten wieder ordnungsmäßig ihren Dienst.

Die achtzehnte Gebirgsbatterie in Wladiwostok, in der seit dem 23. Juni eine starke Gärung herrschte, feuerte drei Schüsse aus Geschütz und Revolvergeschütze auf andere Batterien ab. Zwei Bataillone des Regiments Artillerie entwaffneten die meuternde Batterie ohne Blutvergießen. Auf dem Torpedoboot „Kietil“ erbrachen zwei Matrosen die Schiffskasse, raubten 3000 Rubel und entflohen. In Kasan ist neuerdings eine Militärmeuterei ausgebrochen. In Kozlow am Don haben zwei Kosakenkompagnien gemeutert. Sie wurden infolge dessen nach Staniza verlegt. — 290 Gemeine und 6 Offiziere des 1. Bataillons des Preobraschenski-Regiments, in dem die Meutereien vorgekommen sind, wurden verhaftet. Das gesamte erste Bataillon ist dem Kriegsgericht überliefert. Der Kommandant von Kronstadt, General Begewin, telegraphierte an den Marineminister, die Lage in der Armee und der Flotte sei gegenwärtig äußerst gefährlich; Matrosen wie Soldaten veranfaßten häufig Versammlungen, und Revolver seien zu beschaffen; daher sei eine Verstärkung der Truppenzahl in Kronstadt nötig, bis Ruhe eingetreten sei. Marineminister Willew begab sich nach Kronstadt, um die Mannschaften zu beruhigen. — Tragt merken die Gewaltthäter, daß man sich unter Umständen nicht einmal mehr auf Bojonnette stützen kann.

Eine kaum glaubliche Nachricht kommt aus Rußland. Das reaktionäre Kabinett Gorewkin soll einem aus Dumamitgliedern zusammengesetzten Ministerium Platz machen. Es wird darüber gemeldet: Die Kombination eines Kabinetts aus Mitgliedern des Reichsrats ist fallen gelassen worden. Der Präsident der Reichsduma Kurozew wurde nach Peterhof besohlen. Mittwoch wurde er in Peterhof empfangen, wo ihm die Bildung des Kabinetts aus Mitgliedern der Reichsduma übertragen wurde. Der Präsident erklärte sich bereit, falls die aus 7 Punkten formulierten Forderungen erfüllt werden. Der Hof ist geneigt, die Bedingungen zu erfüllen und ist prinzipiell mit der Bildung eines aus der konstitutionellen demokratischen Partei entnommenen Ministeriums einverstanden. Die Ministerliste soll wie folgt lauten: Marozew Premier, Spow Inneres, Resjatow Unterricht, Karawajew Justiz, Timrasow Finanzen, Koffiz Krieg, Radlow Marine. — Wir hegen starke Zweifel an der Richtigkeit dieser Meldung. Sollte sie aber dennoch zutreffen, dann haben sich zweifellos hinter den Russen Dinge abgespielt, die den Zaren im eigenen Interesse veranlassen, im Kampfe gegen die Duma nachzugeben. Die zahlreichen Meutereien im Heere, sowie die Sprache der Duma sind nicht die alleinige Ursache dieses Gesinnungswechsels.

Frankreich.

„Fest der Arbeiter.“ Der sozialistisch-republikanische Deputierte Rouan brachte einen Gesetzesentwurf ein, nach welchem der 1. Mai unter dem Namen „Fest der Arbeiter“ zum gesetzlichen Feiertage bestimmt werden soll. Dem im Staats-, Departements- oder Gemeindefest stehenden Arbeitern oder sonstigen Lohnangehörigen soll dieser Tag wie ein gewöhnlicher Arbeitstag bezahlt werden.

Amerika.

Protestlandgebung. Präsident Roosevelt hat sich damit einverstanden erklärt, daß die von beiden Häusern gemeinsam gefasste Resolution, in der dem Abscheu des Volkes der Vereinigten Staaten über die Judenmeutereien in Rußland Ausdruck gegeben wird, dem Staatsdepartement übermittelt und amtlich bekanntgegeben werde.

Die länderliche Gewerbeinspektion im Jahre 1905.

III.

P. L. Ueber den Umfang und den Verlauf der im Jahre 1905 in Lübeck stattgehabten Streiks und Ausscherrungen macht der Bericht des Gewerbeaufsichtsbeamten Mitteilungen, die objektiv sind und im großen und ganzen den Tatsachen entsprechen. Es würde nur zu Wiederholungen führen, wollten wir alles das zum Ausdruck bringen, was darin gesagt wird. Die Zahl der Ausschüsse betrug 12, diejenige der Ausscherrungen 7. Von den Ausschüssen wurden 2 Fabrikbetriebe, 261 Handwerksbetriebe und 1 Straßenbahnbetrieb, von den Ausscherrungen wurden die Arbeiter von 5 Fabrik- und 14 Handwerksbetrieben betroffen. An den wirtschaftlichen Kämpfen waren beteiligt die Schuhmacher, Biegeleiarbeiter, Tischlerarbeiter, Schneider, Hilfswagenführer der Straßenbahn, handgewerbliche Arbeiter, Dampfmaschinenarbeiter in Schluß und die Fischindustriearbeiter. Wegen der Meuterei wurden in sechs Betrieben 1336 Personen ausgescherrt. Fast alle Streiks haben mit ganzen oder Teilerfolgen gendert. Als Einigungsamt ist das Gewerbeamt im Berichtsjahr nicht zusammengetreten; vielleicht wäre es möglich gewesen, durch Vermittlung des Einigungsamts eine wesentliche Abmilderung der Kämpfe zu erreichen. Voraussetzung dafür wäre allerdings, daß man auch auf Seiten der Arbeitgeber, die vielfach den brutalen Heren-im-Haule Standpunkt vertreten, den Arbeitern genügend Entgegenkommen gezeigt hätte.

Wollen die Arbeiter ihre berechtigten Forderungen durchdrücken, so ist es notwendig, daß sie sich sämtlich ihrer Organisation anschließen, und zwar nicht nur als zahlende, sondern auch als tätige Mitglieder. Der Bericht des Gewerbeinspektors gibt an, daß sich die Zahl der organisierten Arbeiter von 7107 am Schlusse des Jahres 1904 auf 7482 Ende 1905 erhöht hat. Diese Zunahme ist immerhin erfreulich; sie hätte jedoch in Anbetracht des Wachstums der Lübecker Arbeiterschaft noch erheblich größer sein müssen. Das Arbeitersekretariat wurde von 7058 Personen besucht, während die öffentliche Rechtsanwaltsstelle, die von den bürgerlichen Parteien zur Bekämpfung der Sozialdemokratie im Mai des Berichtsjahrs gegründet wurde, eine Besucherzahl von 3727 aufzuweisen hatte. Der Bericht schließt mit folgenden Sätzen das Kapitel über „Die Arbeiter im Allgemeinen“: „Die Arbeitsverhältnisse haben sich im allgemeinen im Laufe des Jahres günstiger gestaltet, so daß zeitweise ein Mangel an gelerntem Arbeitern, sowie besonders der in Nahrungsmittel- und Emballagenindustrie auch an Arbeiterinnen fühlbar war. Die hier im Entstehen begriffenen bedeutenden industriellen Unternehmungen lassen eine weitere Entwicklung der hiesigen Industrie und einer damit verbundenen weiteren Besserung der Arbeitsverhältnisse für die Zukunft erwarten.“ Wir wollen hoffen, daß sich die Erwartungen des Gewerbeinspektors erfüllen und eine Besserung der Arbeitsverhältnisse eintritt. Bisher ist jedoch wenig Aussicht dazu vorhanden. Einmal hindert die Profitgier des Unternehmertums letzteres daran, den Arbeitern freiwillig soviel zuzugestehen, als zu einem menschenwürdigen Dasein notwendig ist, und dann treten die im Arbeitgeberverband vereinigte Scharmacher jeden Versuch einschüchternder Arbeitgeber, die berechtigten Forderungen der Arbeiter zu erfüllen, in brutaler Weise nieder. Wollen die Arbeiter bessere Arbeitsverhältnisse, so müssen sie ihrer eigenen Kraft vertrauen, denn freiwillig gibt ihnen das Unternehmertum nichts.

Der dritte Abschnitt des Berichtes des Gewerbeaufsichtsbeamten handelt vom Schicksal der Arbeit, obwohl er den harmlosen Titel trägt: Schutz der Arbeiter vor Gefahren. Aus den der Gewerbeaufsicht unterstellten Fabriken und aus den diesen gleichgestellten gewerblichen Betrieben wurden im ganzen 518 (1904: 508) Unfälle, davon 26 schwere bekannt. Von den 26 schweren Fällen verließen 3 tödlich; sie wurden herbeigeführt in einem Fall durch Blutvergiftung infolge einer geringfügigen Verletzung; in 2 Fällen durch Einatmen giftiger Gase beim Reinigen eines reparaturbedürftigen Säureamtwagens. Von den übrigen 23 schweren Unfällen betrafen 8 Fälle Finger- oder Handverletzungen, 5 Fälle Schenkelverletzung, 1 Fall Armverletzung, 2 Fälle Augenverletzung, 3 Fälle Kopfverletzungen, 2 Fälle Fußverletzungen und 2 Fälle Quetschungen der Hände. Man kann aus vorstehenden Zahlen ersehen, wie gesundheits- und lebensgefährlich es für die Arbeiter ist, für das Unternehmertum Mehrwerte zu schaffen. Und da nimmt sich die Kapitalistenpresse noch immer heraus, ihren Lesern behäufend vorzurechnen, wie viel von den Arbeitgebern an Beiträgen zur Unfall- und Invalidenversicherung gezahlt wird. Ganz abgesehen davon, daß die von den Unternehmern zur Unfallversicherung gezahlten Beiträge auch von den Arbeitern verdient werden müssen, ist es doch gewissermaßen ein Lohn aus jeder Menschlichkeit, wenn man verhältnismäßig kleine Geldsummen gegen die Vernichtung und Beschädigung von Arbeiterleben und Arbeitergesundheit aufrechnen will. Wie sehr ist das Unternehmertum vielfach handelt, geht daraus hervor, daß in 6 von den verbliebenen Betrieben nicht einmal das vorgeschriebene notwendige Verbandsgeld vorhanden war. Ereignet sich dort ein Unfall, so ist es unmöglich, dem Verletzten die nötige vorläufige Hilfe zuteil werden zu lassen. Vereinzelt wurde in Betrieben der Holzindustrie beobachtet, daß an Maschinen die Schutzvorrichtungen zur Vornahme von Reparaturarbeiten oder bei der Auswechslung der Werkzeuge entfernt, aber nicht wieder angebracht worden waren. Es mag sein, daß hieraus auch die Arbeiter nicht ganz schuldlos sind; das bekräftigt uns jedoch in unserer Ansicht, daß bei schärferer Kontrolle diese Unterlassungsünden mehr als bisher verschwinden werden.

Ueber Gewerbekrankheiten ist dem Gewerbeinspektor im Berichtsjahre nichts bekannt geworden. So meldet latentisch der Bericht. Das mag ja möglich sein, die Wirklichkeit dürfte jedoch anders liegen. In vielen Berufen ist die Schwindsucht für den nicht ganz robusten und widerstandsfähigen Arbeiter die unausweichliche Folge seiner Tätigkeit. Wenn nun dem Gewerbeinspektor hierüber nichts berichtet wird, so bleibt doch die bedauerliche Tatsache bestehen, daß alljährlich auch in Lübeck zahlreiche Arbeiterleben an der Berufs- oder Gewerbekrankheit zu Grunde gehen.

Zur Fernhaltung gesundheitsgefährlicher Einflüsse, Lüftung und Beseitigung von Dämpfen sind wiederholt Anordnungen erfolgt. Aus Anlaß der zur Sprache gebrachten Missethate in den Betrieben der Fischindustrie wurde auf die Einführung von notwendigen Schutzmaßregeln hingewirkt. In einigen Betrieben, in welchen die Arbeiter mit Blei oder Bleiverbindungen in Berührung kommen, hat man zum Waschen der Hände Arzneymittel als Schutzmittel gegen Bleivergiftung eingeführt. In einzelnen Fällen lagen

Beschwerden der Arbeitnehmer über Mangel an Wascheinrichtungen vor; andererseits wurde auch von den Arbeitgebern woniert, daß bereitgestellte Wascheinrichtungen nicht benutzt wurden. Die Umstände, welche die Arbeiter von der Benutzung der Wascheinrichtungen abhielten, werden im Bericht nicht mitgeteilt und sind uns deshalb unbekannt. Jedenfalls ist es aber eine unbedingte Notwendigkeit, daß dem Arbeiter Gelegenheit gegeben wird, sich nach der Arbeit reinigen zu können.

Der letzte Abschnitt des Berichtes behandelt die wirtschaftlichen und sozialen Zustände der Arbeiterbevölkerung, sowie sogenannte Wohlfahrts-Einrichtungen. Was hierüber gesagt wird, ist für den hochklingenden Titel außerordentlich dürftig. Die Erwerbsverhältnisse haben sich, so heißt es, für die Mehrzahl der Arbeiter infolge des regeren Geschäftsganges besonders in der Eisen- und Metallindustrie gegen das Vorjahr gebessert. Ungünstig waren sie für einen Teil der Arbeiter in solchen Industriezweigen, welche durch die stattgehabten Ausschüsse in Mitleidenschaft gezogen wurden. Die Lohnsätze haben, wenn auch häufigere (???) Erhöhungen bekannt geworden sind, im allgemeinen eine wesentliche Steigerung nicht erfahren. Dies ist mit darauf zurückzuführen, daß die für die Zeugnisse der Industrie erzielten Preise vielfach gedrückt waren, meinte Herr Lorenz. Uns erscheint diese Annahme jedoch nicht zutreffend zu sein. Wäre sie richtig, so müßten doch die Löhne wenigstens in den Erwerbszweigen, die mit reichlichem Gewinn arbeiten, eine Erhöhung erfahren haben. Das ist aber nicht der Fall, und so bleibt nur die Möglichkeit der Tatsache übrig, daß dort eine Erhöhung der Löhne eintritt, wo die Arbeiter mittelst ihrer Organisation imstande sind, eine solche zu erzwingen. Den Nagel auf den Kopf trifft der Satz, daß die wirtschaftliche Lage der Arbeiter durch die erhebliche Preissteigerung der notwendigen Lebensmittel und Verbrauchsgüter ungünstig beeinflusst worden ist. Nunmehr heißt es für die Arbeiter, das ihnen durch die unfaulige Sozialpolitik Gewonnene wieder zu gewinnen!

Die Wohnungs- und Mietverhältnisse sind im wesentlichen unverändert geblieben; die Nachfrage nach kleinen Wohnungen war reger. Hinsichtlich der Unterkunft der Wanderarbeiter in Biegeleien sind besondere Maßnahmen nicht gemacht. Bei den im Bau befindlichen Neubauten sind diese Räume Gegenstand besonderer Aufmerksamkeit; es sind bestimmte Auflagen hinsichtlich der räumlichen Verhältnisse, der Ausgestaltung in hygienischer Beziehung und Beleuchtung erlassen worden. Das ist jedenfalls ein Gebot unbedingter Notwendigkeit gewesen. Öffentlich nimmt der Herr Gewerbeaufsichtsbeamte die Gelegenheit wahr, den Unternehmern die Arbeiter beim Hochschauen sein Augenmerk zu schenken; dort dürfte auch manches zu bessern sein.

Wenn schon der Bericht des hiesigen Gewerbeaufsichtsbeamten, der nur einen kleinen Teil seiner Arbeitskraft diesem Posten widmen kann, über die Missethate schillern muß, so ist anzunehmen, daß es in Wirklichkeit noch weit mehr in den Fabriken und Werkstätten zu bessern gibt, als es hiernach den Anschein hat. Notwendig ist ein Gewerbeinspektor, der sich ganz diesem Berufe widmen und auf irgendwelche Rücksichten dem Unternehmertum gegenüber verzichten kann. Den Arbeitern aber möchten wir empfehlen, alle Unzulänglichkeiten in den Betrieben zur Kenntnis des Gewerbeaufsichtsbeamten zu bringen, damit dieser für Abhilfe Sorge trägt.

Lübeck und Nachbargebiete.

Freitag, den 28. Juni.

Zuzug von Holzarbeitern und Malern nach Lübeck ist streng fernzuhalten.

Wegen Massregelung von Verbandsmitgliedern ist der Boykott über die Thüringer Wurstfabrik von Aug. Schaeere verhängt worden. Arbeiter, denkt daran!

Achtung, Flaktschiffer! Ueber den Betrieb von A. Gollstwee ist die Sperre verhängt.

Ein heftiges Gewitter entlud sich in der vergangenen Nacht über unserer Stadt. Von Blüschäden ist uns bisher nichts bekannt geworden. Nach den vorhergehenden heißen Tagen war der mit dem Gewitter verbundene Regen eine wahre Erquickung für die Natur.

Ein kleines Schadenfeuer entstand heute morgen im Hause Hülfstraße 77, in dem das Puzgeschäft von Bierans betrieben wird. Es gelang, den Brand zu löschen, bevor ein größerer Schaden entstanden war.

Rechtzeitige Kündigung der Wohnungen! Wann muß spätestens gekündigt werden? Sind in dem Vertrage drei Monate als Kündigungsfrist vereinbart, so muß die Kündigung spätestens am 30. Juni dem Wirte ausgedient sein. Ist im Vertrage nichts über die Kündigungsfrist vereinbart, so ist eine am dritten Werktage dem Wirt erklärte Kündigung rechtzeitig. — Da dieses Mal der 1. Juli auf einen Sonntag fällt, so ist die Kündigung noch am 4. Juli rechtzeitig. Die angegebenen Fristen gelten auch dann als innegehalten, wenn der Wirt die Annahme am dem betreffenden Tage ablehnt, zum Beispiel, weil auf dem Briefe der Absender nicht angegeben sei, oder weil er einen frankierten (eingeschriebenen oder nicht eingeschriebenen) Brief nicht annehmen will, oder weil er nur bis 6 Uhr abends Briefe annimmt, oder wenn der Brief rechtzeitig eingelaufen war, der Wirt aber erst an einem späteren Tage Kenntnis von dem Briefe genommen hat, oder wenn der Wirt verweist, ohne für einen Vertreter zu sorgen, dem der Brief abgegeben werden kann oder dergleichen, kurz: in allen Fällen, in denen durch Schuld des Vermieters die Kündigung überhaupt nicht oder verspätet zur Kenntnis des Vermieters gelangt, gilt die Frist als gewahrt, ist also die Kündigung rechtzeitig. Was gegenüber dem Wirt nach dieser Richtung hin rechtens ist, das gilt auch gegenüber dem Mieter, dem gekündigt wird.

Die Wasserwärme des Röhrentichts betrug gestern 22 1/2 Grad Celsius.

Der Gesangsverein „Eintracht“ unternimmt am Sonntag, den 1. Juli eine Ausfahrt mit Musik nach Rakeburg. Die Mitglieder und Freunde werden ersucht, sich zahlreich an diesem Ausflug zu beteiligen.

Die Stadthallegesellschaft hat sich für aahlungsunfähig erklärt; damit ist ein Ereignis eingetreten, das bereits seit einiger Zeit vorauszuweisen war. Ruheten doch

im Laufe der vorigen Woche die Theatervorstellungen nach dem Wilhelmtheater verlegt werden, weil die Stadthalle kein Licht mehr bekam. Das große Stablfestament, dessen Erbauung 1200 000 Mark erforderte, kommt nunmehr zur Zwangsversteigerung. Hätte sich feinerzeit, wie gewünscht wurde, der Staat an diesem Stablfestament beteiligt, so würde er schmerzhafte Verluste zu tragen haben; nunmehr sind in der Hauptsache Handwerker die Geschädigten.

Wilhelm-Theater. Aus der Theater-Kanzlei wird uns geschrieben: Am Sonnabend gelangt das herrliche Trauerspiel „Des Meeres und der Liebe Wellen“ (Herr und Leander), das Meisterwerk Grillparzers, zur Aufführung. Ist „Des Meeres und der Liebe Wellen“ eine Perle unter unseren Klassikern, so gehört das Klagenlied Heros an der Leiche Leanders zu dem Schönen, was je ein Dichtermannd gesprochen. — Im Kolosseum findet am Sonntag eine einmalige Sonntags-Balkonvorstellung statt, wobei jeder Platz des Theaters 50 Pf. kostet. Zur Aufführung gelangt der übermütige Schwanz „Hans und Grete“ von Blumenthal und Kadelburg. Da die Plätze numeriert sind, möchten wir anraten, sich rechtzeitig mit Eintrittskarten zu versehen, die von heute ab im Vorverkauf bei Kappel, Borchert und Drefalt zu haben sind.

Straßenperre. Wegen vorzunehmender Giebelarbeiten wird die Marktstraße vor dem Grundstück Nr. 42b zwischen der Werderstraße und der Bülowstraße am Montag, den 2. und Dienstag, den 3. Juli d. Js. für den durchgehenden Lastfuhrwerksverkehr gesperrt.

Wahl. Von der Gemeindeversammlung in Streckenitz ist das bisherige Mitglied des Gemeindevorstandes, Bürgermeister J. J. S. Weidemann zu Absalonshorst in gleicher Eigenschaft auf die gebliebene Amtsperiode von 6 Jahren wiedergewählt worden. Das Stadt- und Landamt hat die Wahl bestätigt.

Schwartz. In der gestrigen Parteiverammlung wurden 15 neue Mitglieder aufgenommen. Ferner erklärte sich die Versammlung mit der vom Vertrauensmann arrangierten Landagitation einverstanden. Beschlossen wurde ferner, daß sich der Sozialdemokratische Verein mit Fahne an dem am 19. August stattfindenden Gewerkschaftsfest beteiligen soll. Nachdem dann noch verschiedene Gemeindeangelegenheiten zur Sprache gebracht, wurde die Sitzung nur mäßig besuchte Versammlung um 11 Uhr geschlossen.

Schlagererei. Zu einer recht argen Schlagererei, bei welcher der Knäppel die Hauptrolle spielte, kam es gestern Abend in der achten Stunde zwischen den Arbeitern N. und G. von Kenjefeld. Es sind dies die beiden bekannten Prügelhelden, welche häufig die Gerichte beschäftigen. Erwähnenswert ist noch, daß alle Nachbarn befreundet waren, die Nähe der beiden Kampfhähne möglichst zu meiden. Man kann es ihnen natürlich nicht verdenken, wenn sie so handelten.

Enten. Ein Feuer entstand gestern in der Werkstatt des Fahrradgeschäftes von B. Steffen. Ein Motorrad sollte nachgesehen werden, hierbei kam durch ein dem Motor entspringendes Fünkchen Feuer in den mit Benzin

gefüllten Behälter des Rabes. Glücklicherweise sprang der Knäppel aus dem Behälter, wodurch eine Explosion vermieden wurde. Das Feuer, welches bald gelöscht wurde, hat erheblichen Schaden angerichtet; viele in Reparatur befindliche Räder sind vollständig untauglich, zwei Motorräder und viele andere Fahrradartikel ebenfalls arg beschädigt. Wände und sämtliche Türen sind verbrannt und Scheiben durch die Hitze gesprungen.

Hamburg. Der Streit der Klempner ist beendet. Nach der vorgestrigen Versammlung fanden noch Verhandlungen zwischen dem Obermeister Guinrecht und Schulz als Vertreter des Metallarbeiterverbandes statt. Es wurde hierbei erzielt, daß die Erhöhung des Stundenlohnes auf 70 Pf. schon ab 1. August eintreten soll. Die Streitenden haben sich in einer gestern Mittag stattgehabten Sitzung unter der Voraussetzung, daß wegen der übrigen Forderungen weitere Verhandlungen stattfinden und daß Maßregelungen überall unterbleiben, mit diesem An-gebot einverstanden erklärt und werden am Freitag morgen die Arbeit geschlossen wieder aufnehmen. — Ein Familien-drama hat sich gestern Abend in Warmbeck, im Hause Fehlerstraße Nr. 13 abgespielt. Die dort wohnhaften Eheleute Larowski waren Mittwoch Abend in bestigen Streit geraten. Das hat sich die 23jährige Ehefrau jedenfalls so zu Herzen genommen, daß sie sich und ihre beiden Kinder im Alter von 6 Wochen und 1 1/2 Jahren mit Lysol vergiftet und verlor. Aufgefunden wurden die Kinder mit dem Leben davonkommen, während an dem Aufkommen der Frau gearbeitet wird. Alle drei fanden Aufnahme im Krankenhaus St. Georg.

Kiel. Ein Kind zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Wegen Brandstiftung, begangen zu Larkel, hatte sich vor der Kieler Strafkammer das 13-jährige Schulmädchen Ida B. zu verantworten. Die Angeklagte war von ihren mit Kindern reichlich gesegneten Eltern zum Hofner Hausmann in Larkel in Dienst gegeben. Als man ihr nun nicht erlauben wollte, an einem Tanzkurs teilzunehmen, ging sie auf den Boden und zündete dort liegendes Stroh an. Das ganze Haus ging, da das Feuer rasch um sich griff, in Flammen auf. Da die Angeklagte die Einsicht in die Strafbarkeit ihrer Handlung besessen hatte, mußte das Gericht sie verurteilen. Erkannt wurde auf die geringste zulässige Strafe, 1 Jahr Gefängnis, doch soll Strafausschub befürwortet werden. — Es geht doch nichts über das „Recht!“

Hamburg. Zum Mord in Hittfeld. Bei der Obduktion der Leiche des Mädchens ist festgestellt worden, daß ein Sittenverbrechen nicht vorliegt. Ob der Mörder die schwache Tat wegen des Sparschneiders oder bei her Absicht, ein Sittenverbrechen auszuführen, begangen hat, dürfte erst die weitere Untersuchung ergeben. Das Mädchen ist durch zwei starke Schnittwunden am Hals getötet worden. — Die Untersuchung hat jetzt eine andere Richtung genommen, und man scheint dem Schuldigen auf der Spur zu sein, nachdem der anfänglich der grauenvollen Tat verdächtige Tischlergeselle Buchholz nachweisen konnte, daß er zu Unrecht beschuldigt

worden war. Wie sich nunmehr infolge der eingehenden Nachforschungen ergeben hat, sind am Sonntag und Montag im Harburger Landkreise nicht weniger als drei Kriminalverbrechen begangen worden, die aller Wahrscheinlichkeit nach mit einander im Zusammenhang stehen und auch die Ermordung der 13jährigen Emma Bartels in Fleefeld umfassen. Möglicherweise handelt es sich in allen drei Fällen um ein und denselben Täter.

Bremen. Die Bürgerschaft beriet in ihrer Sitzung am Mittwoch über den Religionsunterricht in den Volksschulen. Es wurden dazu verschiedene Anträge gestellt, die aber sämtlich abgelehnt wurden. Die Bürgerschaft nahm schließlich den Bericht der Schuldeputation, in dem eine baldige Revision des Lehrplans für den Religionsunterricht in Aussicht gestellt wird, zur Kenntnis.

Beste Nachrichten.

Königsberg i. Pr. Von den bei dem Eisenbahnunfall auf dem Bahnhof in Cranz Schwerverletzten Personen ist eine gestorben. Im Ganzen wurden 6 Personen schwer und 8 leicht verletzt. Die Ursache des Unglücks konnte bisher noch nicht festgestellt werden, angeblich hat die Bremsvorrichtung verlagert.

Vöhen. Bei einer Segelpartie ertrunken sind hier der Oberfeuerwerker Jessi orowski und dessen Braut, Frä. Bromberger, die beide von Berlin hier zu Besuch weilten.

Leipzig. Die 20jährige Seminaristin Margarete Abendrot hat sich in Gemeinschaft mit dem 20-jährigen Handlungsgehilfen Mittel aus unglücklicher Liebe das Leben in der Pleiße genommen.

Groß-Vardein. In der Ortschaft Bajda schlug der Blitz während des Unterrichts in das Schulgebäude. Ein Kind wurde getötet, mehrere schwer verletzt.

Vöhen. Der hiesige Bahnhofskafeteria hat sich von der Lokomotive eines Schnellzuges lösen lassen, weil seine Brite um Herabsetzung der Macht abgelehnt worden war.

Drontheim. Der grobe Unfug des Salutschiekers hat drei Menschenleben gefordert. Während des Besuchs des norwegischen Königs Haakon an Bord des holländischen Kriegsschiffes „Tromp“ explodierte beim Salutschicken ein Geschütz, wobei drei Matrosen getötet wurden. Der König verließ das Schiff, ohne von dem Verlust an Menschenleben erfahren zu haben.

Quittung.

Für die ausgesparten Lithographen und Stein-drucker gingen bei uns ein:
 Lokal-Verband der Gasenarbeiter . . . 30 Mk.
 Bereits quittiert . . . 190
 Summa 220 Mk.

Expedition des „Lab. Volksb.“

Ein Logis zu vermieten.
 Zu erfragen Fächtingstraße 33, II.

Freundliche Flügelwohnung
 am 1. Oktober, 165 Mk.
 Hundestraße 80.

Gesucht zum 1. Oktober eine freundliche
 Zweizimmerwohnung mit Garten oder
 Balkon, Hofstentor bevorzugt.
 Ang. u. G L an die Exp. d. Bl.

Gesucht eine Wohnung vor dem
 Hofstentor
 im Preise von 160—180 Mk.
 Ang. u. A L 63 an die Exp. d. Bl.

Gesucht zum 1. Oktober eine Wohnung
 mit Stall in der Nähe der Ernst- oder Armin-
 straße. Off mit Preisang. u. DA 37 a. d. Exp.

Gesucht zum 1. Oktober Zwei-
 zimmerwohnung mit Küche und Zubehör
 (Hofstentor).
 Ang. mit Preisang. u. S S an die Exp.

Gesucht zum 1. Oktober von jungen
 Leuten mit einem Kind eine Zweifamilien-
 wohnung von 180—200 Mark.
 Off. u. B C 61 an die Exp. d. Bl.

Ein Laufjunge
 für einige Stunden des Nachmittags gesucht.
 Dankwartstraße 19

Jung. verh. Mann wünscht Volkstfest
 Beschäftigung auf
 Sonntag.
 Gesl. Off. u. Z 33 an die Exp. d. Bl.

Suche Beschäftigung irg. welch. Art
 im Hause.
 Ang. u. U an die Exp. d. Bl.

Eine Frau sucht Beschäftigung
 in Zeitungsanstrichen oder Reinmachen.
 Näheres in der Exp. d. Bl.

Eine Blechemballagenfabrik sucht
 einen

Borarbeiter
 welcher in Blechemballagenfabriken gearbeitet und
 mit Zuschneiden, Excenpressen, Schnitt- und
 Stanzarbeiten durchaus vertraut ist, für
 dauernde Stellung.
 Offerten mit Angabe von Lohnansprüchen, Zeug-
 nissen u. unter H M an die Exp. d. Bl.

Zu kaufen gesucht
1. wasserdichter Radfahr-Mantel
 Angeb. m. Br. unter B 48 an die Exp. d. Bl.

Preiswert zu verkaufen
die Bude Engelsgrube 77/8
 in gutem baulichen Zustande.
 Näheres Jakobikirchhof 6.

Eine fast neue Scheiden-Schieblarre zu ver-
 kaufen oder gegen starken zweirädrigen Viehwagen
 zu vertauschen.
 Herm. Jürss, Schönbüden.

Zwei fast neue Schaufel mit Zubehör
 und Entlastung, Glas 2, hoch 1.18 Mtr.
 Preis billig zu verkaufen
 Meierstraße 25 a.

Allerfeinste Matjes-Heringe,
 besonders fett und zart,
hochfeine Sommerfang-Heringe
 in Originaltonnen sowie in Anbruch.
1a. neue lange Kartoffeln
 empfiehlt T. Buhrmann, Inhaber W. Fahle.

Zum Ring-Reiten
am Sonntag den 1. Juli 1906
C. Storm,
 ladet freundlichst ein
Restaurant „Zum Landhaus“, Schönbüden

Zu kaufen gesucht ein gut erhaltenes Reform-
 oder Umstandskleid. Angeb. unt. X V an d.
 Exp. d. Bl.


Ein gut erhaltener Kinderwagen
 zu verkaufen
 Schützenstraße 43 a.

Ein gr. hübschblüh. Myrtenbaum
 zu verkaufen
 Bülowstraße 16.

Ein gut erhaltener Kinderwagen
 billig zu verkaufen
 Westhoffstraße 50, part.

Ein zweitüriger Küchenschrank
 billig zu verkaufen
 Birkenstraße 4.

Mehrere Bohrstäbe, Blumentisch
 zu verkaufen.
 Moislinger Allee 16, I.

 **Bständig große Auswahl**
 in Ferkel. Lieferung event.
 frei Lübeck.
 Hof Mendorf in Lübsch.
 (80 Nachttauen.)

4 Handmaschinen von 8—14 Mark,
3 Trittmaschinen von 10—20 Mark
 Mühlenstraße 57.

Eine Frau sucht Wäsche zum waschen
 und ausbessern für junge Leute.
 Langer Lohberg 36/2.

Halte meinen
Kaiser-, Friseur- und Haarschneide-Salon
 bestens empfohlen.
 H. Ehlers, Engelsgrube 70.

Zum Ohrring einstecken empfiehlt
Frau E. Harremann Marlesgr. u.
 Nr. 6, part.

Glaserei — Bildereinrahmung
B. Staben, Fächtingstraße 37.

Anlässlich meiner Abreise nach Kiel sage
 allen Bekannten herzlichstes Lebewohl!

Otto Senff, Maler.
 Getragene Arbeitskiesel u. Schuhe
 kauft A. Pohl, Marlesgrube 44.
 Bitte Postkarte.

- Pa. Schweinefleisch 70 Pf.
 - fetten u. mag. Speck 90 -
 - gek. Mettwurst 80 -
 - Leberwurst 80 -
 - Braunschweiger 60 -
 - Sülze 60 -
 - Kuhenter 50 -
 - ger. Mettwurst 100 -
 empfiehlt

Julius Strobfeldt
23 Meierstrasse 23
Markthallenstand 26.

Empfehle
sämtliche Fleisch- u.
Wurstwaren
 in bester Qualität.

Oscar Keil
 Schlachterein- u. Wurstmacher m. elektr. Betrieb
 Fernsprecher 1447
 Schwartauer Al. 65, Ecke Westhoffstr.

Billig! Jung. Ziegenfleisch. Billig!
 Fetttes Kalbfleisch billig.
 Markthalle Stand 34.

Sie durch die Mitteilung, daß ich am 1. Juli
Bülowstraße 14
 ein

Milch- und Buttergeschäft
 eröffne, und bitte mich in meinem Unternehmen
 gütigst unterstützen zu wollen.
 Hochachtungsvoll Anton Dennemeyer.

Empfehle
 mich als **Schneiderin im Hause.**
 Belzerstraße 6, Sinterh.

- | | | |
|--------------------------|-----------------|---------|
| ff. Meiereibutter | Pfd. | 115 Pf. |
| Ger. Schinken in Stück | | 120 |
| Fetter Speck | | 85 |
| Magerer Speck | | 90 |
| Neutralline (Blanzengb.) | | 50 |
| Reiner Seidehonig | | 50 |
| Kakao | | 88 |
| Reine Blockschokolade | | 75 |
| 10 Pakete Puddingpulver | | 45 |
| Eierpulver | Pfd. | 15 |
| Reismehl | Pfd. 12, 15 und | 20 |
| Sagomehl | Pfd. | 22 |
| Pat. Sago | | 20 |
| Noter Sago | | 25 |
| Weißer Sago | | 28 |
| Kunstafelhonig, weiß | | 35 |
| gelb | | 30 |

und in allen Packungen billigst.
 Tilfiter Fettkäse . . . Pfd. 60 Pf.
 Alter Tilfiter Käse . . . 40
 Holsteiner Käse . . . 25
 Limburger Käse . . . Stück 25
 Ger. Lachs . . . 100 u. 120
 Sommerfangheringe . . . 3 Stk. 10
 Fette Heringe . . . 12 50
 Große fette Matjes, Stück 15 u. 10
 Kirschkast . . . Flasche 35 u. 45
 Apfelwein . . . Fl. 35
 Himbeersaft . . . 1/2 Fl. 45
 Auf Margarine Gratis-Zugaben.

Ed. Speck, Bülowstraße 80.

Ed. Teuteberg
 Lederhandlung und Stepperei
 ff. Fensterputzleder, Filzsohlen,
 billig Sohlen-Auschnitt
 Untertrave 70, Ecke Fischergrube.

Kantine.
 Empfehle meiner werten Kundschaft
heute Sonnabend Bockwürste.
 Hans Lüth.

 **Arbeiter-**
Turn-Verein
Lübeck.

Abmarsch zum Sommerfest des Stoddsdorfer
 Brudervereins am 1. Juli, präzis 2 Uhr, vom
 Lindenplatz. Der Vorstand.

Heute Beginn meines diesjährigen grossen Sommer-Saison-Ausverkaufs.

Wie bisher so auch diesmal gelungen nicht nur allein die der Mode unterworfenen sogenannten Saison-Artikel, sondern mein ganzes Lager zu Ausverkaufspreisen zum Verkauf und sind die **Schleuderpreise** während meines Ausverkaufs bereits genügend bekannt.

Folgendes Angebot bitte ich ganz besonders zu beachten:

Sämtliche Jacketts und Mäntel

wegen Aufgabe des Artikels teils weit
unter Einkaufspreis.

Sämtliche Ledergürtel

ohne Rücksicht auf den früheren Preis
Stück **98** Pfg.
Wert das Dreifache.

Sämtliche Kostüm-Röcke
30 bis 40 pCt. unter regulärem Wert.

Große Posten **Korsetts** teils einz. Nummern, die nicht weiter geführt werden, teils beschäd. Korsetts.
Serie I. Serie II. Serie III.
48 Pfg. **92** Pfg. **1.32** Mk.

Sämtliche Blusen jetzt 5 Einheitspreise.
Serie I. Serie II. Serie III. Serie IV. Serie V.
1.32 **1.88** **2.75** **3.25** **5.45**

Große Posten **Reform-Schürzen** ganz herum m. Volant, prima, prima Stoffe
Stück 1.48.

Sämtliche Herren- u. Knaben-Anzüge

um damit zu räumen
teils für die Hälfte des regulären Wertes.

Große Posten **Damen-Hemden**
Schulter schluß mit elegant gestickter Paffe aus prima, prima Renforce
Stück 1.65.

Stroh Hüte größtenteils für
Einkaufspreis.

Sämtliche Aussteuer-Artikel, fert. Betten, Bettfedern u. Daunen
bedeutend im Preise ermässigt.

Königstraße 89. Hans Struve Ecke Wahnstr.

Zirkus-Arena
F. Riechert, Burgfeld.

Heute Freitag abends 8 Uhr:
Große Clown- und Komiker-Vorstellung.
Alles muß lachen
über die urkomische Pantomime
„Der Dorfbarbier.“
Zu zahlreichem Besuch ladet ganz ergebenst ein
Die Direktion.

Allerfeinste Gras-Meiereibutter, Pfund 120 und 115 Pfg.
Prima holsteinischer Landswinken im Anschnitt, Pfund 200 Pfg.
Prima holstein. Landswinken in Stücken, Pfund 110 u. 130 Pfg.
Landmettwurst. Landeier. Landspeck.
Alter pikanter holländischer, echter Schweizer und Ulster Käse.
Alter holsteinischer Käse. Limburger. Harzer Käse.
11 Eier 60 Pfg.

Obere Wahnstraße 10. **Hans Wegener.**
Auf alle Waren rote Rabattmarken.

Wilhelm-Theater.
Sonnabend den 30. Jan. 8 Uhr.
Hero und Leander
oder
Des Meeres und der Liebe Wellen.
Trauerspiel in 5 Akten von Grillparzer.
Schülerbillets auf allen Plätzen 50 Pfg.
Sonntag: Im Kolosseum.
Einmalige Sonntags-Volks-Vorstellung.
Jeder Platz 50 Pfg.
Hans Hückebein.
Schwanf i. 3 Akt. v. Blumenthal u. Kadelburg
Vorverkauf bei F. W. Raibel, D. Dorchert,
Breitestr. u. Dreßalt, Sandstr. Dugendbill.
sind nur an der Theaterkasse zu haben.
Ab 9 Uhr Schnittbillets.

Saison-Ausverkauf

zu enorm billigen Preisen.

Damen- braun u. bord Ziegenled.-Schnürstiefel	jetzt 4.90	Herren-Rossbesatz-Schnallenstiefel	starker Strapezierstiefel	jetzt 5.90
Damen-Boxcalb-Schnür- und Knopfstiefel	jetzt 5.90	Herren-Rindbox-Schnürstiefel,	moderne Form,	jetzt 6.50
Damen-Chavr.-Schnürstiefel	mit Lackkappe	Herren-Boxcalb-Schnürstiefel	sehr leicht	6.90
Damen braun Chevrette-Schnürstiefel,	sehr elegant	Kinder-Rossleder-Schnür- und Knopfstiefel,	sehr stark	
Kinder graue Segeltuch-Schnürstiefel	mit schwarzer Garnitur	jetzt 25/26 2.60 Mk. 27/30 3.20 Mk. 31/35 3.60 Mk.		
jetzt 25/26 2.40 Mk. 27/30 3.75 Mk. 31/35 3.20 Mk.		Kinder- braune u. bord Ziegenl.-Schnür- u. Knopfstiefel		
Kinder- braune Segeltuchschuhe	mit Gummi- oder Ledersohlen, enorm billig.	jetzt 25/26 3.30 Mk. 27/30 3.90 Mk. 31/35 4.50 Mk.		

Breitestrasse 52. Auguste Popp Breitestrasse 52.

Sür unsere Frauen.

Schutz der weiblichen Arbeitskraft!

III.

K. Daß die Unternehmer sich vielfach den Teufel um die gewerbebehördlichen Bestimmungen des § 120 b kümmern, ist im vorigen Artikel nachgewiesen. Ebenso gleichgültig ist ihnen aber auch der § 137, der besagt:

„Daß Arbeiterinnen nicht in der Nachtzeit von 8 1/2 Uhr abends bis 5 1/2 Uhr morgens und am Sonnabend, sowie an Vorabenden der Festtage nicht nach 5 1/2 Uhr nachmittags beschäftigt werden sollen.“

Die Beschäftigung von Arbeiterinnen über 16 Jahre darf die Dauer von 11 Stunden täglich, an den Vorabenden der Sonn- und Festtage von 10 Stunden nicht überschreiten.

Die Behörde kann für gewisse Zeiten eine Abweichung von diesen Bestimmungen gestatten mit der Maßgabe, daß die tägliche Arbeitszeit für Arbeiterinnen 13 Stunden nicht überschreiten darf.

Zwischen den Arbeitsstunden muß den Arbeiterinnen eine mindestens einstuündige Mittagspause gewährt werden.

Arbeiterinnen über 16 Jahre, die ein Hauswaisen zu bezaugen haben, sind auf ihren Antrag eine halbe Stunde vor der Mittagspause zu entlassen, sofern diese nicht mindestens 1 1/2 Stunden beträgt.

Wöchnerinnen dürfen während vier Wochen nach ihrer Niederkunft überhaupt nicht und während der folgenden zwei Wochen nur beschäftigt werden, wenn das Zeugnis eines approbierten Arztes dies für zulässig erklärt.

Auch die Uebertretung dieser Bestimmungen wird den Unternehmern recht leicht gemacht durch die ungenügende Zahl der Kontrollbeamten, mehr aber noch durch den traurigen Umstand, daß nur einem winzigen kleinen Teil unserer Arbeiterinnen diese Bestimmungen überhaupt bekannt sind.

Wären die Arbeiterinnen mit diesen Bestimmungen vertraut, so würde sich sicher manche gegen die Uebertretung derselben zur Wehr setzen und damit wäre der Anstoß unter ihnen gegeben zum Kampf gegen die lange Arbeitszeit überhaupt.

Das Märschen von der Konkurrenzunfähigkeit, herbeigeführt durch kurze Arbeitszeiten, ist durch die Entwicklung der wachsenden Industrie, mit ihrem geschäftlich zulässigen Höchstmaß von 55 Stunden die Woche, hinreichend widerlegt. Trotzdem steht hier in Deutschland das Bestreben, den Arbeitstag gesetzlich wenigstens auf 10 Stunden einzuschränken, auf ungeheuren Widerstand bei den Unternehmern. Besonders die Textilindustrie tut sich hier hervor, ob schon oder weil in ihren Betrieben noch 71 Prozent länger als 10 Stunden tätig sind, darunter 247 000 Arbeiterinnen.

Regierungsrat Dr. Seidig gab das Sprachrohr solcher zurückgebliebenen Anschauungen ab. Bei einer Tagung der deutschen Industriellen referierte er über die „ungeheuren Schäden“, die angeblich einer ganzen Anzahl Industrien durch die gesetzliche Einführung des Beschränkungsmaßes erwachsen würden. Als nachahmenswert pries er die „idealen“ Zustände in der belgischen Textilindustrie, wo für sämtliche Arbeiterinnen unter 21 Jahren der 66 Stundenwoche zulässig ist, der Ausbeutung der Arbeiterinnen, die über 21 Jahre alt, dagegen keine Grenze gesetzt ist.

Schrankenlose Ausbeutung! Damit sprach er die Sehnsuchtswünsche der deutschen Unternehmerherzen aus. Wie wenig ihrer Bescheidenheit setzt der einstuündige

Arbeitstag genügt, das zeigen die 694 000 Ueberstunden, die im verflochtenen Jahre von 55 951 Arbeiterinnen allein in Preußen an den Wochentagen, außer Sonnabenden, geleistet wurden. Die Erlaubnis zur Ueberarbeit an den Sonnabenden wurde für 21 549 Arbeiterinnen erteilt.

Man sieht also, wie auch die unteren Organe sich als die Förderer der Unternehmer-Interessen bewähren, indem sie bereitwillig die gewünschten Ueberstunden bewilligen und damit der gesetzlichen Verkürzung der Arbeitszeit nach Möglichkeit entgegenarbeiten. Dazu kommen noch Sonntagsarbeit sowie die zahllosen Ueberstunden, die ohne Einholung der behördlichen Erlaubnis geleistet werden. Die Zahl der Verstöße wegen Uebertretung der Arbeiterinnenschutzbestimmungen ist daher in allen Bundesstaaten gering. In Preußen allein stieg sie im Jahre 1905 auf 657 Fälle.

Auch die Nachtarbeit, die den weiblichen Organismus noch weit mehr schädigt als den männlichen, steht trotz des Verbots nach § 137 in Blüte. In Badensiedbrücken, der Fischindustrie, der Konfektionsbranche und auch in anderen Fabriken, ist die Nachtarbeit während der Saison allgegenwärtig.

Auch hierbei läßt die Behörde für die Unternehmer weitest Mitleid gelten. So war den Unternehmern im Steinloshand, im Holz, bei und Erzgruben am 24. März 1892 vom Bundesrat gestattet worden, die erste Schicht morgens schon um 4 1/2 Uhr mit Arbeiterinnen zu schließen und die zweite bis abends 10 Uhr auszuschicken. Diese Vergünstigung sollte am 1. April 1902 erlöschen. Sie ist jedoch für den Regierungsbezirk Dp peln bis zum Jahre 1907 verlängert worden. — 15 Jahre gab man diesen Unternehmern Zeit, sich an den Gedanken zu gewöhnen, daß ihre Lohnsklavinnen auch Nachtruhe brauchen.

Auch die internationale Schutzkonferenz, die im vorigen Jahre tagte, hat auf diesem Gebiet nichts Wesentliches geschaffen.

Ferner läßt die Forderung der durch die Gewerbeordnung vorgeschriebenen Pausen viel zu wünschen übrig. Weß hoch ein großer Teil Arbeiterinnen mit eigenem Hausstand gar nicht einmal, daß er berechtigt ist, eine 1 1/2 stündige Mittagspause zu verlangen. Es steht z. B. in einer Fabrik in Heiderau eine einstuündige Mittagspause zwar angeschlagen, allgemein wird aber durchgearbeitet, da der Unternehmer nicht gern sieht, daß seine Maschinen stille stehen. Dieselbe Unsitte, die Mittagspause zu umgehen, herrscht in einer Kattunfabrik in Düren. Als unsere Vertrauensperson deshalb beim Gewerbeinspektor vorstellte, erhielt sie die Antwort: „Ja glauben Sie denn, mit Ihrer Anzeige den Arbeiterinnen einen Gefallen zu erwirken? Damit schädigen Sie dieselben nur!“

Der Herr befindet Anschauungen über die Arbeiterinnenschutzbestimmungen und die Ausführung seines Amtes, die den Unternehmern sehr gefallen dürften.

An Schutzbestimmungen für Schwangere mangelt es gänzlich. Es müssen Einrichtungen getroffen werden, welche den Schwangeren ermüdeten, mindestens vier Wochen vor ihrer Entbindung die Arbeit einzustellen. Während dieser Zeit müssen sie selbstverständlich, gleich den Kranken, unterstellt werden.

Heute ist aber der Schutz für Wöchnerinnen nicht einmal weitgehend genug. Die Krankentassen zahlen ihnen nichts während der gesetzlichen vier- resp. sechs wöchigen Arbeitsruhe, und die Unternehmer erst recht nicht. Im Gegenteil, in einer Zwirnerei ist vorgelommen, daß Wöchnerinnen, die vier Wochen nach der Entbindung nicht wieder an ihrer Arbeit standen, kündigunglos nach § 123 Absatz 8 entlassen wurden. Absatz 8 gibt das Recht zur kündigunglosen Entlassung, wenn die Arbeiter zur Fortsetzung der Arbeit unfähig oder mit einer absehenden Krankheit behaftet sind. Danach scheint es, als ob das Mutterwerden der Proletarierin als eine absehende Krankheit betrachtet

wird. Wer lacht angesichts solcher Zustände nicht über den ganzen paragraffierten Arbeiterinnenschutz!

Soll ein wirklicher Schutz für die Arbeiterinnen bestehen, so werden diese selbst den Kampf aufnehmen müssen. Zu diesem Zwecke gilt es ein freies Koalitionsrecht zu schaffen. Ueber wird dieses, dem § 152 zum Trost, den Arbeiterinnen von Unternehmern sowie von übereifrigen Behörden inoffiziell gemacht.

In Berlin z. B. war es den Holzarbeitern gelungen, eine Anzahl weiblicher Mitglieder in ihren Verband zu bekommen. Flugs kam die Behörde und verlangte die Streichung dieser Mitglieder. In die betreffenden Arbeiterinnen erließ sie ein Direktiv, durch welches sie aufgefordert wurden, ihre Beiträge zurückzufordern, da der Beitritt zum Verband ungesetzlich sei!

Ein freies Koalitionsrecht kann nur durch ein freies Vereins- und Versammlungsrecht, welches die Arbeiterinnen rechtlich den Männern gleichstellt, gewonnen und ausgenutzt werden. Ferner müssen die Arbeiterinnen danach trachten, das Wahlrecht zu den Gewerbegerichten zu erlangen. Eine weitere Forderung muß die Einsetzung weiblicher Gewerbeaufsichtsbeamten sein. Um dieses zu erzwingen, müssen die Arbeiterinnen sich ihren gewerkschaftlichen Organisationen anschließen, denn dadurch erlangen sie das Mittel, wirksame Arbeiterinnenschutzbestimmungen zu erzwingen.

Politische Rundschau.

Wochenblatt.

Hat der Bauer Geld, so hat's die ganze Welt. Mit diesem Schlagwort versuchten die Redner und Journalisten der Agrarier seiner Zeit die schamlosen Forderungen zu rechtfertigen. Daß auch dieses agrarische Schlagwort mit den Tatsachen nicht übereinstimmt, dafür liegt ein neues Zeugnis vor. In der „Thüringer Lehrerzeitung“ schreibt ein Lehrer, nachdem er darauf hingewiesen hat, daß jetzt selten ein wohlhabender Bauernsohn sich dem Lehrerberufe widmet, über die Lage der heutigen Lehrer: „Vor mehr als 20 Jahren war das anders; da gab es eine Menge Seminaristen aus wohlhabenden Bauernhäusern, die nach Abzug ihrer Studiengelder noch ein hübsches Stämmchen als Erbe übrig hatten. Und doch kein Auskommen! Hört, hört! Die Besoldung hat eben nicht gleichen Schritt gehalten mit den heutigen Lebensbedürfnissen und vor allem mit den Einkünften der Landwirte; daher kein Zugang aus ihren Kreisen in die Lehrerschaft. Ich möchte über den letzten Punkt einmal von der Ufer weg reden; daher verzichte der Leser, wenn ich etwas ausführlich werde. Ich entkomme einem Bauernhause, beehlt von meinem Vermögen 4000 Mark übrig und achte mir eine echte und rechte Bauerntochter, die auch ihr gut Teil Vermögen besaß. Jetzt, nach mehr als 20 Jahren, wo die Kinder Geld kosten, will es nicht mehr zureichen; der eiserne Bestand schwindet. Was sind auch 2200 Mark Besoldung! Ich habe mehrere Brüder, von denen jeder ein Gültchen im Werte von 50—60000 Mark besitzt. Sie sind in der Wahl ihrer Schwiegereltern auch nicht vorzüglicher gewesen, als ich; sie haben aber fortwährend Acker zutausen können. Ich lenne ferner Landwirte mit zirk 18 Hektar Land; davon hat der eine in zwei Jahren 5500 Mark „gut gemacht“, also in einem Jahre 2750 Mark! Derselbe ist mit 1800 Mark eingeschätzt und gibt für Arbeitskräfte gar nichts aus. Wie hoch ist wohl der Lebensunterhalt einer sechs-köpfigen Familie zu veranschlagen? Müßte er nicht mit mehr als 4000 Mark eingeschätzt werden? Was geht dadurch doch dem Staate an Steuern verloren? Was macht nun der Bauer mit dem Gelde? Er läßt es nicht in der Lade liegen sondern tut es auf die Sparkasse. Leider vergißt er immer die Anmeldung

Im Banne des Spiritismus.

Beizroman von Friedrich Thieme.

(46. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

„Aber“ — seine Stimme klang ein wenig gepreßt — „sagen Sie auch, weshalb ich mich so festiglich geschämt habe?“

Das Antlitz der jungen Dame entfarbte sich, sie sah ihren Begleiter mit einem Ausdruck leichter Verfürzung an.

„Für wen? Wahrscheinlich hat man Sie zur Taufe gebeten,“ warf sie nach kurzer Ueberlegung mit abweisender Geberde hin.

„Teure Agnes, Sie spotten meiner.“

„Durchaus nicht. Aber wenn Sie Roma noch sehen wollen — sie trug sich mit der Absicht, auszufahren.“

Der Baron, sich ärgertlich auf die Lippen beißend, vermißte eine direkte Antwort auf diese Andeutung. Mit einem etwas erzwungenen Lachen warf er die Frage hin, die gnädige Tante werde nun wohl bald wieder den Aufenthalt in der stäubigen Residenz mit dem lieblichen Jbyll auf Hohenforst vertauschen?

„Mama hat bisher noch keinen Entschluß gefaßt“, erwiderte die Baroness feinsinnig. „Es scheint, sie wird in diesem Jahre länger als gewöhnlich ausbleiben.“

„Sie lieben wohl Hohenforst sehr, liebe Cousine?“

„Von ganzem Herzen“, eröffnete sich unbefangenen das Herz des harmlosen jungen Mädchens.

„Ich vermag das zu verstehen.“ — Stephan suchte seiner Rede einen Schimmer von Begeisterung zu verleihen — „es ist ein köstliches Fleckchen Erde. Der schattige Park mit seinen lauschigen Büschen und Sesselpfläzen, der Forellenteich, der Goldfischteich mit dem prachtvollen, der Forellenteich, der gelbe Pavillon mit den Büschen und Portraits der größten Künstler und Dichter, der Weinberg mit

der Gartenlaube, welche entzückende Stätten zum Bewundern und Träumen! O, wie unglücklich würden Sie sein Agnes, wenn Sie diese Ihre wahre Heimat, den Ort, wo Sie Ihre Kindheit verlebte haben, wo Sie jeden Baum, jede Hecke kennen, verlassen müssen.“

„Und warum sollte ich sie verlassen? fragte Agnes verwundert.“

„Warum? Wissen Sie nicht, daß es das letzte Mal ist, daß Sie mit Ihrer lieben Mutter die Sommerfrische auf Hohenforst genießen werden?“

„Das letzte Mal?“

„Nun ja. Mit Siegfrieds Tod ist das Majorat Hohenforst aus dem Besitz Ihrer Familie an den neuen Erben übergegangen — oder vielmehr der Besitzwechsel findet nach den Bestimmungen der Stiftungsurkunde am 1. Oktober d. J. statt.“

„Sie haben recht — ich werde Hohenforst Seebwohl sagen müssen“, entgegnete die junge Dame gedankenvoll, „oder vielmehr, ich werde es überhaupt nicht wiedersehen — Mama wird gewiß, da sie das Gut ohnedies bald verliert, gar nicht wieder hingehen — o, die arme Mama, auch sie hängt daran mit ihrem ganzen Herzen!“ Sie sprach diese Worte mehr zu sich selbst als zu ihrem Verwandten, aber der schlaue Baron griff diese sofort auf, um auf ihrer Basis das Gespräch weiterzuführen.

„Man trennt sich schwer von der Heimat“, hob er nach einer Pause mit ansehnlicher Treuerzigkeit an. „Ich fürchte selbst, der Abschied wird Ihnen und der guten Tante schwer fallen — aber warum wollen Sie überhaupt von Hohenforst Abschied nehmen?“

„Nun, weil wir müssen — das Gut gehört jetzt von rechts wegen meinem Cousin Arthur, und die Mama wird nie einen Boden betreten, von dem dieser, den sie haßt, der gesetzliche Besitzer ist.“

„Sie irren, Agnes, Arthur von Lillo wird Hohenforst nie besitzen, die Stiftungsurkunde schließt ausdrücklich jeden

Antwörter aus, auf dem der Verdacht einer unwürdigen Tat ruht.“

„Arthur von Lillo hat diese Tat nicht begangen,“ rief Agnes festig und schnell.

„Stephan suchte die Erregte zu begütigen. „Vielleicht nicht — noch ist ihm nichts bewiesen, chère cousine — aber der Verdacht ruht auf ihm, er ist schuldig und wer weiß, ob er je wieder zum Vorschein kommt. Sollte er aber auch freigesprochen werden, ohne daß der gegen ihn schwebende Verdacht wirklich widerlegt und beseitigt ist, kann er trotzdem nicht Eigentümer des Majorats werden — und wenn er auch eine Freisprechung erzieht, so wird sie unter allen Umständen nur mangels hinreichender Ueberführung erfolgen müssen. Das Gut fällt also zuversichtlich an den nächsten Erben — kennen Sie den, liebe Agnes?“

„Sie sind es,“ erwiderte Agnes trocken.

„Ich — ich bin es, und weil ich es bin, ich, der treue Freund Ihrer Mutter und — und auch Ihr ergebenster Freund, Agnes, so steht es nur bei Ihnen selbst, ob Sie nach wie vor die Herrin Ihres geliebten Hohenforst bleiben und es mit Ihrer Frau Mutter bewohnen wollen.“

„Das junge Mädchen blieb stehen und starrte dem Baron bestürzt ins Antlitz.“

„Ich verstehe Sie nicht, Vetter,“ sagte sie endlich. „Wollen Sie damit ausdrücken, daß Sie uns Hohenforst gegen eine bestimmte Summe pachtweise überlassen wollen?“

Von Stephans Lippen kam ein energisches „Nein.“

„Ich würde Hohenforst niemals aus der Hand geben.“

Er wartete noch einen Augenblick, doch als Agnes nicht weiter sagte, fuhr er entschlossen fort:

„Es giebt noch einen anderen Weg, Agnes — einen Weg, der Sie aufs neue und für immer zur teuren Stätte, wo Ihre Wiege stand, und mich zu jenem kostbaren Kristallpalaste des Glücks führen würde, dessen Pforten ich mir bisher ewig verschlossen glaubte. Ich kam heute hierher, Agnes,

bei der Steuerkommission. Darum geht dem Staate die Steuer verloren! Die Sparkassen wissen oft nicht, wohin mit dem Gelde. Mir sagte einmal ein Kassierer: „Sie glauben nicht, was die Bauernleute jetzt für Summen einbringen; es ist ganz enorm.“ Welcher vorläufige Beamte, Handwerker und kleine Kaufmann ist wohl imstande, solche Summen in einem Jahre zu erwirtschaften? Ja Bauernstände sind also die besten Wurzeln von des Staates „Steuerkraft“! Führet Du es, lieber Leser, ist wohl erklärlich, warum kein besserer Bauernsohn noch Ahrer werden will? Mir will es scheinen, als ob seit einer Reihe von Jahren schon ein Teil der Landwirte mit ein wenig Hochmut auf den Landbesitzer herabgesehen! Es ist ja herrlich, auf den Geldsack zu pochen zu können! — Wäre das Wort „Gelb der Bauer Geld, so hat's die ganze Welt!“ wirklich wahr, dann müßte das deutsche Volk jetzt herrlich und in Frieden leben können. Niemand aber macht etwas davon. Nicht einmal in den Zeiten der Geschäftskrisis der 70er und 80er Jahre hat das deutsche Volk so armelig gelebt, wie es infolge der Lebensmittelerhöhung jetzt leben muß. Dem Bauer geht es gut wie nie zuvor. Was tun sie aber mit ihrem Gelde? Sie schaffen es auf die Sparkasse und hinterlegen die Einkommensteuer, und je reicher sie sind, um so weniger mögen sie für das Allgemeinwohl spenden. Gewiß gibt es zahlreich Bauer, die das Sprichwort ehren: „Leben und leben lassen!“ die selber, und zwar schwer mitarbeiten, schwerer vielleicht als mancher Arbeiter in der Fabrik nötig hat, aber sie haben nicht die Führung der Agrarier. Diese Führer sind aus anderem Holze geschnitten, aber nicht aus besserem, und nach ihnen, nicht nach ihnen richtet sich der Kurs der Berliner Börsen.

Im Wandel der Zeiten. Die „Berliner Morgenzeitung“ macht sich das Vergnügen, die Berichterstattungen einander gegenüberzustellen, die die Fälle Bahl (1894) und Puttkamer (1906) durch den Geheimen Legationsrat Rose, dem bekannten Degenerenten im Auswärtigen Amte, erfahren haben. Es sei hier nach dem genannten Blatte zusammengestellt, was Rose als Anklagevertreter im Disziplinarverfahren gegen Bahl im Jahre 1894 und was er in den letzten Wochen in seinem samstäglichen Bericht an den Reichskanzler über die Puttkamer-Affäre gesagt hat:

Legationsrat Rose:
Oktober 1904
Während die Regierung als einen der wichtigsten Bestandteile ihres kolonialen Programms die Hebung des sittlichen Begriffe der Eingeborenen betrachtet, halte der höchste Beamte des Schutzgebietes diesen Abfichten in scharfer Weise entgegengehandelt.

April 1895.
Die Taten des Angeklagten erregten an der ganzen westlichen Küste großes Vergeren, es wurde auf allen englischen Faktoreien mit Schadenfreude über diese Vorgänge gesprochen. Wenn die deutsche Kolonialregierung legere Sitten im deutschen Schutzgebiete zulassen wollte, so dürften die Erfolge der Kolonisation sich sehr bald auf ein Minimum beschränken.

Geheimer Legationsrat Rose:
Juni 1906.
Es sei bisher nicht nachgewiesen, daß Herr von Puttkamer den Befehl absetzt, unrichtig ausgeführt habe; aus der Untersuchung gehe nur die Guigläubigkeit hervor. Gegen Herr von Puttkamer dürfte ein Disziplinarverfahren nicht einzuleiten sein, da es nicht im öffentlichen Interesse liege, und Herr von Puttkamer selbst nicht für unerwünscht halte. In dessen müsse seine Hinwendung unterbleiben, da er anscheinend die Ehrsachen Gesellschaften zu sehr begünstigt habe. Es sei Herrn von Puttkamer nahegelegt worden, sein Entlassungsgesuch einzureichen. Dieses Gesuch sei eingegangen und es solle ihm entsprochen werden unter Zuhilfenahme der Pension.

Soziales und Parteileben.

Eine neue Unternehmer-Organisation. Die Unternehmer im Töpfer- und Ofenfergergewerbe haben einen Kongress in Dresden abgehalten und beschlossen, einen „Verband der Arbeitgeber des Töpfer- und Ofenfergergewerbes Deutschlands“ mit dem Sitz in Berlin ins Leben zu rufen. Die Scharfmacher von diesen Unternehmern brachten bereits fertige Statuten mit, die auch bereits die Genehmigung des Berliner Polizeipräsidenten gefunden hatten. Daraus erzieht man, daß alles bereits hinter den Vorhang fertig gemacht worden war. Der Unternehmerkongress konstituierte sich

um Ihnen diesen Weg zu zeigen, um Sie zu bitten, ihn zu beschreiten und —

Die Baroness unterbrach ihn plötzlich, indem sie — beide standen noch immer still — mit Festigkeit seine Hand ergriß und wieder losließ. Er stand wie ein Mann, und seine bisher so glatten Hügel verhärteten sich merklich, als die junge Dame jetzt mit einer von ihrer gewöhnlichen sanften ganz verschiedenen Stimme, aus der Empörung und Beachtung hervorklang, zu ihm sprach:

„Nicht weiter, Better Stephan — Sie wissen wohl nicht, daß Sie mit meiner Braut sprechen!“

„Mit einer Braut — sollte ich zu spät — mit wessen Braut, wenn ich es erfahren darf?“ stammelte der Baron, der mit seiner zusammengefallenen Gestalt und der von seiner verzerrten Zammerrinne einen weder geistreichen noch Achtung gebietenden Abdruck darbot.

„Mit der Braut Arthur von Lillo!“

„Des — des Menschenbedars!“ rief der Baron giftig hervor. „Denken Sie noch immer an den — den —“

Er suchte vergeblich nach einer Bezeichnung, die ihm gebräutig genug erschien, ohne ihm die Unnade des jungen Mädchens in allzu hohem Maße zuzugestehen.

„Beleidigen Sie ihn nicht,“ herrschte Agnes, die böllig verändert war und deren sanfte Bescheidenheit sich in flammenden Stolz verwandelt hatte. „Oder vielmehr — Sie können ihn nicht beleidigen — er steht zu hoch dazu,“ setzte sie einem verzehrenden Blicke hinzu.

„Stellen Sie einen Verbrecher höher als mich? Ihre Frau Mutter wird niemals — selbst wenn er aus Mangel an Beweisen — und das ist noch gar nicht sicher — verurteilt werden er auf dem Schaffot —“

„Und wenn's der Fall wäre, so würde er unschuldig sterben, und nicht der erste sein, an dem die irdische Gerechtigkeit

schließlich als Verbandsstatut und wählte zum Vorsitzenden den Obermeister Thiele in Berlin. — Für die Arbeiter müssen derartige Bindungen ein Nassorn sein, alles zur Stärkung ihrer Organisation einzusetzen.

Zur Nachahmung empfohlen. Der Zentralverband der Maurer wird noch in diesem Jahre eine umfangreiche Agitation zugunsten der Verkürzung der Arbeitszeit in die Wege leiten.

Soldaten als Ersatz für Ausgesperrte. Im Januarbelegte Döbeln, Ochoß und Ungegend haben die Janungstruppe circa 200 Stimmerleute seit dem 9. Juni ausgesperrt. Unter den ausgesperrten Unternehmern befindet sich auch die Firma Hummlich u. Lohse in Leipzig, die von Auftrag übernommen hatte, die Leiniger Militärkaserne zu reparieren. Da sie nun ihre Zimmergelegen ausgesperrt hat, hat ihr das Militärkommando freundlichst sechs Soldaten und ehemalige Zimmergesellen zur Verfügung gestellt. Auf die Beschwerde der Organisation ist vom Generalkommando des 2. Armeekorps folgende Antwort eingegangen:

„Auf das Schreiben vom 15. 6. 06 wird Ihnen folgendes erwidert: Das dienstliche Interesse der Truppe in hygienischer Beziehung und die Rücksicht auf die Ausbildung von Schwimmern verlangt unbedingt die beschleunigte Fertigstellung des ohne die Auskleidehalle nicht benutzbaren Badeplatzes.“

Aus diesem Grunde hat das Garnisonkommando Leinzig die Bestellung von sechs Zimmerleuten aus der Truppe gegen Entziehung der ordentlichen Lohnsätze angeordnet.

Das Generalkommando kann sich mit dieser Maßnahme nur einverstanden erklären mit Rücksicht auf das hier vorliegende unabweisliche militärische Interesse.

Im übrigen sind Maßnahmen getroffen, daß diese Mannschaften der Firma Hummlich u. Lohse keinesfalls zu anderen Arbeiten als zum Bau der Auskleidehalle verwendet werden.

Das Generalkommando ist somit nicht in der Lage, die Zurücksetzung der an Stelle der Ausgesperrten arbeitenden Soldaten versagen zu können.

Der kommandierende General.
J. S. : Däne.

Wir halten die Verwendung der Soldaten durchaus nicht für gerechtfertigt. Wenn die schnelle Fertigstellung der Badeanstalt im hygienischen und dienstlichen Interesse der Truppe lag, dann war es eine Freivolktät, sondern dergleichen, die Arbeiter auszusperren und dadurch die Gesundheit der Truppe zu gefährden. Die Militärbehörde hätte daher erst recht Veranlassung gehabt, diese Freivolktät der Unternehmer nicht noch durch Stellung von Soldaten zu unterstützen, sondern auf fristige Erfüllung der von der Firma eingegangenen Verpflichtungen zu dringen.

Der „Schutzverband gegen Streikschäden“ ist dieser Tage in Berlin unter Führung der Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände begründet worden. Der Schutzverband soll angeblich den Zweck haben, den Mitgliedern bei der Abwehr „unberechtigter“ Forderungen und „unberechtigter“ Vorgehens der Arbeiterkraft vollen Schutz dann zu gewähren, wenn die Abwehr des Angriffs der Arbeiter und ihrer Organisationen im allgemeinen Interesse der Unternehmer liegt. In die Kämpfe von sozialer Bedeutung einzugreifen, soll nicht seine Aufgabe sein; da soll es dem betroffenen Arbeitgeberverband selbst überlassen bleiben, seine Mitglieder zu schützen. Die Satzungen des Schutzverbandes bestimmen, daß, nachdem der betroffene Arbeitgeberverband ein gewisses Maß von Leistungen erfüllt hat, die Zahlung der weiteren Streikentschädigungen auf den Schutzverband übernommen werden kann. Ein solches Eintreten des Schutzverbandes soll aber nur dann stattfinden, wenn es sich um Abwehr eines „unberechtigten“ Angriffes der Arbeiter handelt. Das Eintreten des Schutzverbandes ist deshalb ein eingehendes Prüfungsverfahren nicht lediglich in finanzieller, sondern auch in sozialpolitischer Hinsicht voraus. Ein Rechtsanspruch steht dem Mitgliede auf die Entschädigung nicht zu, vielmehr erfolgt die Entschädigung hierüber im Rahmen bestimmter Grenzen nach dem billigen Ermessen der maßgebenden Organe. Die scharfmacherischen Schöpfer des „Schutzverbandes“ haben sich also doch vorgelesen, daß ihnen nicht jeder Kampf zwischen Arbeitern und Unternehmern als hilflos aufgegeben wird. Sie kennen ja die Reizung ihrer Scharfmacherkollegen, jede Forderung der Arbeiter, selbst bei sonnenklarstem Recht derselben als unbe-

rechtigt abzuweisen und sie womöglich mit Ausperrungen zu beantworten. Sollte der Schutzverband in jedem Falle eintreten, so würde das wohl eine teure Suppe werden, an der der Schutzverband sich bald hantlerott löffen könnte. So wollen die Arbeiter und Vater der Scharfmacherkampagne vorläufig prüfen, ob ein Angriff der Arbeiter „unberechtigt“ ist. Das ist aber ein hoher subjektiver Begriff und über die Berechtigung oder Nichtberechtigung der Hilfe des Schutzverbandes dürfte es gar bald Differenzen geben, wenn nicht die ganze Unternehmung nur ein reservatio mentalis ist, um den gegen die Arbeiterbestrebungen gerichteten Unterdrückungsgefühlen ein beruhigendes Märtyrchen anzuhängen. Dem neuen Schutzverband sind sofort 53 Bezirks- und Ortsverbände, deren Mitglieder insgesamt etwa 285 000 Arbeiter beschäftigen, beigetreten. Das ist im Verhältnis zur Gesamtzahl der industriellen Betriebe und der Zahl der darin beschäftigten Arbeiter gerade nicht viel. Die Räume des „Schutzverbandes“ werden eben auch nicht in den Himmel wachsen.

Gegen den politischen Massenstreik soll sich Genosse Bebel und mit ihm der Parteivorstand auf einer Konferenz der Vorstände der freien Gewerkschaften erklärt haben. Das ist das neueste, was die bürgerliche Presse über die Sozialdemokratie zu berichten weiß. Dabei kann sie sich aber auf ein Arbeiterblatt, auf das Organ der Berliner Sozialorganisten, die „Einigkeit“, als Quelle berufen. Was von der Sache zu halten ist, darüber schreibt der „Vorwärts“ folgendes: Die „Einigkeit“ will aus dem, was der Genosse Silber Schmidt über eine angebliche Rede des Genossen Bebel auf einer privaten Konferenz wiedergibt, beweisen, daß Bebel und durch ihn der Parteivorstand im Februar 1906 über den Massenstreik widerrufen, was sie in Jena im September 1905 bestritten haben. Wir können demgegenüber konstatieren, daß erstens, wenn Silber Schmidt wirklich so gesprochen hat, wie er nach der „Einigkeit“ es angeblich getan haben soll, er den Genossen Bebel im wesentlichen mißverstanden hat, und zweitens, was jeder Schuljunge der Partei weiß, daß für die Partei und den Vorstand nur das maßgebend ist, was die Parteitag beschließen; und bezüglich des politischen Massenstreiks bleibt es bis anherzweifellos anderen Parteitagssitzungen bei dem Beschlusse von Jena. — Genosse Bebel ergreift nunmehr auch das Wort und erklärt folgende Erklärung: „Die plumpe Insubordination der „Einigkeit“, die dieselbe in ihrer Nummer vom 23. d. M. aus dem Protokoll einer Konferenz der Vertreter der Zentralverbände der Gewerkschaften begangen hat, nötigt mich zu einer Erklärung. Auf jener Konferenz, die im Februar dieses Jahres stattfand, nahm Genosse Silber Schmidt auf eine Besprechung Bezug, welche die Generalkommission auf Einladung des Parteivorstandes in der ersten Hälfte Februar mit diesem gehabt hat. Diese Besprechung hatte den Zweck, eine Aussprache herbeizuführen über die Stellung der Gewerkschaften zu einem Massenstreik, falls sich die Notwendigkeit eines solchen im Wahlrechtskampfe in Preußen herausstellen sollte. Wie die Fragestellung für diese Verhandlungen zeigt, hatte der Parteivorstand die Möglichkeit eines Massenstreiks ins Auge gefaßt. Es ist also schon von diesem Gesichtspunkte aus eine große Enttäuschung der Tatsachen, wie es die „Einigkeit“ und ihr folgend ein Teil der bürgerlichen Presse tut, allerdings gestützt auf die irreführenden Darlegungen des Genossen Silber Schmidt in der erwähnten Konferenz der Vertreter der Zentralverbände, mir bezw. dem Parteivorstand zu unterstellen, daß wir unseren Standpunkt in der Frage des Massenstreiks verlassen und uns in Gegenwart zu meinem Referat in Jena und den dort angenommenen Resolutionen gestellt hätten. Ich konstatiere also, daß das in dem Protokoll über die Konferenz der Zentralverbände wiedergegebene Referat des Genossen Silber Schmidt über die Verhandlungen zwischen Generalkommission und Parteivorstand voll von Mißverständnissen ist und namentlich die von mir während der Verhandlungen (Sitzierten sechs Punkte, die Silber Schmidt dem Sinne nach wiedergegeben haben will, fast entstellt wiedergegeben sind. Es bedarf nicht erst der Versicherung, daß sich meine Rede einschließlich der formulierten sechs Punkte ganz im Sinne meines Jänner Referats und der dort angenommenen Resolutionen hielt, andernfalls wäre mein Verhalten nicht nur eine unbegriffliche und unverzeihliche Selbstbesabourierung gewesen, es würde auch seitens meiner mitarbeitenden Kollegen aus dem Parteivorstand eine entsprechende Zurückweisung erfahren haben. Ich habe nicht das Recht, mich über unsere Verhandlungen mit der Generalkommission, die streng vertrauliche waren, anzulassen. Der Zweck derselben ist der Fall eines Massenstreiks in Bezug auf die innewahrende Latenz zwischen der sozialdemokratischen Partei und den Gen-

ein Beispiel menschlicher Unzulänglichkeit aufstellte. Hier ist ein Geheimnis, das ich nicht durchdringen kann — aber mein Gefühl, mein Herz ist heilig überzeugt und braucht keiner Beweise — ja, selbst wenn er nicht zurückkehrt, so weiß ich, daß unablenkbar Mächte seinen reinen Willen erfassen haben. Sprechen Sie nie wieder zu mir, Better, oder das Tischchen zwischen uns ist zerstückt auf immerdar — und nun gehen Sie zu meiner Mutter, ich wünsche allein zu sein!“

Ohne eine Erwiderung abzuwarten, schritt sie hastig davon, den Baron mitten auf dem Wege stehen lassend, wo er gerade stand, mit zornfunkelnden Augen, einem Gesicht, rot wie die Brust eines Dampffassens, mit wütend geballten Händen und zusammengekniffenen Lippen.

„Ich kam zu früh, Marx, der ich war,“ fauchte er giftig in sich hinein, der edlen Erscheinung der jungen Baronin einen Blick voll Haß und Tod nachsendend. „Nun, aufgeschoben ist nicht aufgehoben — sie denkt noch zu sehr an den Nordburen, haß, wenn man nur dieses Menschen wieder habhaft werden könnte, damit endlich ein Ende mit ihm gemacht wird — und mit mir ein Anfang.“ murmelte er langsam und durchaus nicht mehr in der früheren zuverlässigen Haltung dem Hause gehend. „Ich bin fertig bis auf die Grundmauern, es wird die höchste Zeit, die höchste Zeit! Na wart, Erdie!“ — er wandte sich nochmals um und schaute einem zweiten Dolchblick nach der Stelle, wo Agnes hinter einem Bockel schon verschwunden war — „aber schon ist sie doch, das weiß der Teufel! Ich glaube, ich bin so ein Esel, sie wirklich zu lieben! Um, jetzt will ich doch einmal sehen, ob die Alte vernünftiger ist als die Tochter — es ist immer gut, die Mutter zur Fürsprecherin zu haben, obgleich diese, wie ich vermutete, nicht gerade die beste Bünde zum Herzen ihrer Tochter darstellt.“

Wie Stephan sich dem Hause näherte, gewann er mehr

und mehr die Herrschaft über sich selbst wieder, seine Augen fanden einen gleichmütigeren Ausdruck und als er wenige Minuten später in das Zimmer der Freifrau trat, sah ihm niemand die erlittene schmälliche Zurückweisung mehr an.

„Gelangt hätte er der Baronin die Hand, sogar ein Nächstes stellte sich wieder auf seinen Lippen ein.“

„Von ihr, der Tante — Agnes teilte mir mit, Sie wollten ausfahren — ich fürde doch nicht?“

„Ich wollte ansanfangs ausfahren, habe aber meine Absicht aufgegeben, Better. Bitte nehmen Sie Platz, Sie haben schon mit Agnes gesprochen? Ist sie noch immer im Garten — sie wird sich erkalten.“

Baron Stephan setzte sich. „Ich fand das geübte Fräulein etwas blaß,“ warf er teilnahmsvoll hin. „Ihre Worte ließen mich schließen, daß sie sich das Schicksal ihres entflohenen Verwandten — allzusehr zu Herzen nimmt.“

Die Baronin senkte. „Sie haben recht,“ bestätigte sie traurig. „Das unglückliche Kind, sie ist blind taub gegen alle guten Gründe.“

„Sie muß ihn doch über alles geliebt haben — oder vielmehr noch lieben?“

„Gewiß, Better, sie liebt ihn noch, trotz alles Vorgesallenen. Sie glaubt selbst jetzt noch an seine Unschuld.“

„Nicht allein das, Tante, sie denkt sogar noch an eine Verbindung mit ihm, betrachtet sich noch wie vor als seine Braut!“

„Hat sie Ihnen das gesagt?“ fragte die Baronin betroffen. Sie kannte die Meinung, die Agnes von ihrem Verwandten hegte, zur Genüge, als daß sie nicht über das plötzliche Vertrauen, das sie dem Better gemachte Mitteilung offenbarte, hätte erstaunt sein sollen.

„Nicht mit anderer Rede, aber doch dem Sinne nach.“

(Fortsetzung folgt)

Arbeiterbänden der Gewerkschaften die möglichen G. und Anlagen zu einer Verständigung zu schaffen, wurde erreicht. Freund und Feind mag sich entscheiden, daß der Parteivorstand einschließlich meiner Person nicht, was gegebenenfalls die Situation ihm zu tun gebräut.

Verhaftung. Wegen angeblicher Verleumdung des Oberbürgermeisters und des Beigeordneten Fortl zu Elberfeld ist der Redakteur der „Festen Post“, Herr: Hofmann, zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden. Die Verleumdung sollte in einem Brief enthalten sein, der an dem Verbot des Mailvertrages hätte über.

Ins Netz und Fern.

Der Staatsanwalt als Verteidiger. Auf die farge, unangemessene Entlohnung der unteren Postbeamten verweist in einer Verhandlung vor dem Chemnitzer Schwurgericht der Staatsanwalt. Der frühere Postbote (Landbriefträger) O. Neißert aus Olschnitz l. G. hatte sich wegen Unterschlagung amtlicher Gelder im Gesamtbetrag von 12,19 M. zu verantworten. Er befand sich in einer Notlage, als er, der nach den verschiedenen Abzügen mit einem Monatslohn von 59,56 M. zu rechnen hatte, sich an dem ihm anvertrauten Gelde vergreift. Das erkannte auch der öffentliche Ankläger an. Er selbst trat für Zubilligung mildernder Umstände warm ein, indem er auf das niedrige Gehalt hinwies, das ein Minimum betrage, unter dem selbst der einfachste Handarbeiter nicht arbeite. Die Geschworenen gaben dem Antrage statt. Das Gericht erkannte trotzdem auf sieben Monate Gefängnis und ging damit noch einen Monat über die Mindeststrafe hinaus. Dazu lag nach unserer Ansicht keine Veranlassung vor. Der Postfiskus begünstigt mit seiner Klausel solche Unterschlagungen.

Keine Klaffenjustiz. Die sächsische Justiz kann's auch anders. Der Rechtsanwalt Bärwinkel in Leipzig hatte eine Privatklage gegen den Referendar Dr. Freier hier angestrengt, weil dieser zu Unrecht die Behauptung ausgekreut hatte, Bärwinkel sei wegen Falschspielens aus dem Distriktsstande ausgeschlossen worden. Aus dieser Privatklage entstand dann prompt auch eine Duellgeschichte. Der Zahnarzt Stengel überbrachte dem Dr. Freier die Forderung des Rechtsanwalts Bärwinkel auf Pistolen und dreimaligem Kugelschmel. Bei 15 Schritt Distanz. Da vermutlich so etwas wehe tun kann, drückte sich Dr. Freier auf englisch. Dafür wurden aber Dr. Bärwinkel wegen Herausforderung zum Zweikampf mit tödlichen Waffen und Stengel wegen Kartelltrügerei unter Anklage gestellt. Die beiden Herren erschienen nun vor der Dritten Strafkammer in Leipzig, die durch ihre Urteile gegen die Genossen Heinrich, Kressin usw. bekannt geworden ist. Für die beiden vornehmen Gesetzwürdigen waren in landgerichtlicher Lebenswürdigkeit zwei Stühle im Saale aufgestellt, auf die sie sich sorgfältigst (mit Rücksicht auf ihre vorchriftsmäßige Toilette) niederließen und mit überaus andersgeschlagenen Beinen und selbstbewußt verschränkten Armen vor den Richtern sitzend, gnädigst die Anklage entgegennahmen. Wenn man diese Haltung und die Straftat der Herren in Betracht zieht, dann wird man die „Höhe“ der Strafe staunend bewundern. Rechtsanwalt Bärwinkel wurde zu zwei Wochen Festung und Zahnarzt Stengel zu fünf Tagen Festung verurteilt. Womit der Beweis gegeben ist, daß es am Leipziger Landgericht, das die furchtbaren Strafen gegen die Volksredakteure auswarf, nicht nur oblitiv, sondern auch milde Richter gibt.

Beim Baden ertrunken. In Belbert sind zwei Arbeiter beim Baden ertrunken. Der eine von beiden wurde, als er seinen Kameraden retten wollte, mit in die Tiefe hinabgezogen.

Wieder ein Meineidsprozeß. Sechs Monate Gefängnis und sofortige Verhaftung eines Zeugen wegen Verdachts des Meineids! Das ist das Resultat eines Streikprozesses, der sich am Donnerstag vor dem Amtsgericht in Magdeburg-Mecklenburg abspielte. Angeklagt waren die Antischer Friedrich Hofang und Paul Scheibe wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung. Sie sollen am 26. März ds. Js. gemeinschaftlich den beim Fuhrwerks-

besther Spatfeld in Arbeit stehenden Antscher Brühl unter Anwendung körperlichen Zwanges genötigt haben, an Vereinigungen zur Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen teilzunehmen, indem sie den Brühl mehrfach ohnmächtig, ihn vom Wagen herunterstießen und ihn zwangen, den Wagen einfach stehen zu lassen. Angeklagter Hofang erklärt, er hätte von Brühl noch 150 Mark zu fordern gehabt und diesen an jenem Tage nur daran gemahnt. Als Brühl darauf eine unpassende Antwort gab, habe er ihn nur gegen eine Platte „geschöpft“. Angeklagter Scheibe hat sich darüber geäußert, daß Brühl am Sonntag des 26. März aus der Verbandskasse Geld erhalten und am Nachmittage trocken gefahren habe. Dafür habe er (Scheibe) dem Brühl bloß „an die Ohren gewischt“. Der bedrohte und attackierte Brühl sagt als Zeuge aus, daß vom Streik und Arbeitniederlegen bei dem Reaktor mit Hofang keine Rede gewesen sei. Auch hätte er keine Ohrfeigen bekommen. Es hätte sich lediglich um die Wiedererhaltung der 150 Mark, die er sich von Hofang entleihen, gehandelt. Auf mehrfache Vorhaltungen des Vorsitzenden, Affektors Kölling, sich nicht unglücklich zu machen, sondern hier, wo er unter seinem Eide stehe, die reine Wahrheit zu sagen, bleibt der Zeuge dabei, daß es sich bei dem Zusammenreffen nicht um Streikfachen gehandelt habe. Auf Beschluß des Gerichts werden die vorbandenen protokollierten Aussagen des Zeugen verlesen. Danach hat Brühl mehrfach ausgelegt, daß er geschlagen sei, weil er sich nicht am Streik beteiligt hätte. In einem Falle soll Hofang zu ihm gesagt haben: „Wenn Du vor Gericht kommst, sage nur, es hätte sich um die 150 Mark gehandelt.“ Vor: Brühl, bleiben Sie nun noch bei Ihrer Aussage? Mensch, Sie machen sich ja unglücklich! Sie kommen ja ins Zuchthaus! Zeuge: Es hat sich nur wegen des Geldes gehandelt. Vor: Es ist doch eine Unverschämtheit sondergleichen! Nachdem der Bruder des Fuhrers Spatfeld als Zeuge vernommen, der ebenfalls bekundet, Brühl hätte an dem betreffenden Tage erklärt, daß er auf das ausdrückliche Verlangen der beiden Angeklagten das Gefährt habe stehen lassen, wird die Beweisaufnahme geschlossen. Der Vertreter der Anklage, Rechtsanwalt Ernesti, hält die Anklage im vollen Umfang für erloschen und beantragt gegen jeden der Angeklagten 3 Monate Gefängnis sowie Verhaftung des Zeugen Brühl wegen Verdachts des Meineids. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Pauls, macht mit Recht geltend, daß die Verleumdung der Protokolle nicht als Teil der Beweisaufnahme angesehen werden könne. Wenn in den Aussagen des Zeugen nach Meinung des Gerichts ein Widerspruch enthalten sei, dann könne höchstens auf die Aussage kein Wert gelegt werden. Es sei doch durchaus nicht unwahrscheinlich, daß der Zeuge früher die Unwahrheit und heute unter seinem Eide die Wahrheit gesagt habe. Solange der Zeuge nicht meineidig gemacht sei, müsse man seiner Aussage Glauben beimessen. Da andere Beweismittel, die Angeklagten zu überführen, nicht vorhanden seien, müsse die Freisprechung erfolgen. Habe das Gericht die Absicht, den Zeugen Brühl des Meineids zu überführen, dann könne logischerweise die heutige Aussage des Brühl überhaupt nicht verwendet werden. Das Gericht mißt den früheren Aussagen des Zeugen Brühl vollen Glauben bei und verurteilt die beiden Angeklagten zu je 3 Monaten Gefängnis. Der letzte Aussage des selben mißt das Gericht keinen Glauben bei, da es anerkennt, Brühl sei vorher von den beiden Angeklagten gehörig bearbeitet worden. Brühl wird wegen Verdachts des Meineids sofort in Untersuchungshaft genommen.

Von der deutschen Justiz! Aus Düsseldorf wird berichtet: Die drakonischen Bestimmungen bei Verhaftung im Rückfalle mußte die hiesige Strafkammer gegen eine Frau anwenden, die sich unter falschen Vorwänden für 25 Pf. Backwaren verschafft hatte. Da die Frau schon vorbestraft war, so mußte auf 3 Monate Gefängnis als die geringste zulässige Strafe erkannt werden. Seit Jahrzehnten wird von Kriminalisten und Politikern die Forderung auf Abänderung der diesbezüglichen drakonischen Bestimmungen des Strafgesetzes erhoben, aber vergebens.

In den Netzen gefangen. Die Kölner Strafkammer befaßte sich mit einem Liebesdrama, worin der Sohn des früheren Gouverneurs der Festung Köln, Baron Arthur

de Dorne de St. Ange, verwickelt war, der die Bekanntschaft einer gewissen Frau Müller, geborenen Lillenthal aus Elberfeld machte, die angeblich Witwe zu sein und über ein Vermögen von etwa 300 000 Mark zu verfügen. Nachdem das Brautpaar das fragierte Grab des angeblich verstorbenen Maxes Müller in Godesberg besucht hatte, folgte der Brautpaar ein Wunsch seiner Frau, die erklärte, vor Sommer in Deutschland nicht heiraten zu können, und ließ sich in London trauen. Nach den Hülferwochen entwich die das junge angekaute Weib in Köln, wurde aber von der Polizei erfaßt und wegen mehrfacher Betrügereien, sowie wegen Bigamie verhaftet. Das Gericht bestrafte Frau Müller mit 1 1/2 Jahren Gefängnis; der Antrag des Staatsanwalts lautete auf zwei Jahre Zuchthaus. Interessant bei der ganzen Angelegenheit ist der Umstand, daß der Baron zuerst in Berlin eine reiche Witwe kennen lernte und hierauf erst auf einer Reise nach Köln die Bekanntschaft der Frau Müller machte, die ein Detektivgeschäft betrieb und den Auftrag hatte, den Baron zu angeln. In Erfüllung dieser Aufgabe gelang es dem Weib, den Baron darauf einzuspielen, daß er das Besprechen zur Heirat gab.

Militärjustiz! In 3 Wochen Mittelarrest wurde der bereits wegen Mißhandlung Untergebener vorbestrafte Sergeant Seifert vom 1. Lothringischen Infanterie-Regiment Nr. 130 in Straßburg verurteilt, weil er einen Soldaten auf den Kopf und in das Gesicht geschlagen, ihn durch die Kaserne gejagt und ihn verächtlich nach bekannter Manier auf den Boden hatte legen und aufspritzen lassen. Was hatte aber sein Opfer getan? Beim Exerzieren aus Versehen das Gewehr fallen lassen!

Mutter und Tochter vom Blitz getötet. Aus Linz meldet die „N. fr. Pr.“: In Obermarrett, Bezirk Sandl, wurde eine Frau Siegl und ihre Tochter, als sie nachts in ihr Haus eintraten, durch einen Blitzschlag, der nicht zündete, erschlagen.

Sie werden wieder dreist! Dem „Vol. - Anz.“ zufolge stränge die Bergwerksgesellschaft in Courrières, die Tausende von Arbeiterleben auf ihrem Ausbeutergewissen hat, gegen ein französisches Sozialistenblatt, das seinerzeit schwere Angriffe gegen die Gesellschaft veröffentlicht hat, eine Schadenersatzklage in Höhe von 650 000 Franc an.

Deutsche Bedientenseelen. Aus London meldet Wolffs Bureau: Das Telegramm, das die Vertreter der deutschen Presse am 25. Juni von Windsor an König Eduard sandten, lautet wörtlich: „Die Vertreter der deutschen Presse, die soeben dem Annden der Königin Victoria den Tribut ihrer Ehrfurcht gezollt haben, bitten, Eurer Majestät ihren tiefgefühlten Dank dafür ausdrücken zu dürfen, daß ihnen der ehrende Vorzug zu teil geworden ist, in dem erlanerungsvollen Schloß von Windsor Gäste Eurer Majestät zu sein.“

Litterarisches.

Der „Wahre Jakob“ hat soeben die 13 Nummer seines 23 Jahrgangs erscheinen lassen. Aus dem Inhalt derselben erwähnen wir die farbigen Bilder „Der deutsche Plattenindwurm“ und „Der Hubertushirsch“, ferner die Illustrationen „Einer, der sich zu helfen weiß“, „Chicagoer Fleischbeschau“, „Das verunglückte Herrenreiten am Königsplatz zu Berlin“, „Der unsozialistische König“, „Was uns schilt“, „Der Mann in Wolkenstücken“, „Oberst Deimling und der heutige Reichstag“, „Die Hauptsache“, „Prompente Antwort“ und „Zentrum ist Trumpf“. Der textliche Teil der Nummer bringt die Gedichte „Neue Berliner Geschichte“, „Die Staatnachtwächter“, „Zur Metallarbeiterausperrung“, „Wie sollen wir niesen?“, „Heinrichs Gnadenstück“, „Nach der Arbeit“ von Hans Heinrich, „Ludwig XVI.“, „Des Lichtes Sieg“ von Ludwig Besser, „Im Wechsel der Zeiten“ und außer zahlreichen kleineren Beiträgen noch die größeren satirischen Feuilletons „Die Göttin der Vernunft“, „Politertottlich Jüdisches“, „Der Wind“ (Eine Fabel) von W. Heinrich Klerens, „Gespräch im Jenetis“ und „Götter im Exil“. Der Preis der 14 Seiten starken Nummer ist 10 Pfennig.

Günstige Einkaufsgelegenheit zum Volksfest! Stauern erregend billige Preise!

Saison-Räumungs-Verkauf

großer Posten besonders für den Sommer geeigneter Schuhwaren zu bedeutend herabgesetzten Preisen!

Conrad Tack & Co. Burg b. Magd.

Älteste, bedeutendste Schuhwaren-Fabrik Deutschlands, welche ausschliesslich eigene Geschäfte unterhält.

Verkaufsgeschäft
Lübeck: 47 Breitestrasse 47.



Jahrplan der Lübecker Straßenbahn.

Giltig ab 30. Juni 1906.

Ab Marli 7.00 morgens bis 9.56 abends alle 8 Minuten und 10.12, 10.28, 10.44, 11.00 abends.

ab Bahnhof 7.28 morgens bis 10.24 abends alle 8 Minuten und 10.40, 10.56, 11.12, 11.28 abends.

Außerdem verkehren Wagen vom 1. Mai bis 1. Oktober täglich:

ab Hölvelnstrasse 6.36, 6.44, 6.52 morgens

ab Bahnhof 7.04, 7.12, 7.20 morgens

Vom 1. Mai bis 1. Oktober nur an Sonn- und Festtagen:

ab Marli 10.04, 10.20 10.36, 10.52 abends.

ab Bahnhof 10.32, 10.48 11.04 11.20 abends.

Taschensfahrpläne sind zum Preise von 5 Pfg. beim Fahrpersonal zu haben.

Saison-Ausverkauf

empfehle als hervorragend preiswürdig:

Lastingschuhe f. Damen	jetzt 90 Pfg.	Herr.-Lastingschuhe	jetzt 3.75 Mk.
Damen-Hausschuhe	jetzt 95 Pfg.	Herren-Schnürstiefel	jetzt 4.75 Mk.
Farbige Damen-Knopf- und Schnürstiefel	jetzt 4.00 Mk.	Herren-Zugstiefel	jetzt 4.50 Mk.
Graue Schnürstiefel	jetzt 3.25 Mk.	Herren-Schnürschuhe	jetzt 3.75 Mk.
Schw. Spangensch.	jetzt 2.00 Mk.	Herr.-Boxe.-Schnrst.	jetzt 8.50 Mk.
Segeltuchsch. 36-42	jetzt 1.50 Mk.	Herren-Zugschuhe	jetzt 1.80 Mk.
Kinder-Schnürschuhe	jetzt 55 Pfg.	Kd.-Kpf.-u. Schnrsch. farbige	jetzt 2.50 Mk.
Kind.-Knopfst. 18-22	jetzt 1.35 Mk.	Kind.-Segeltuchsch.	jetzt von 1.10 an.
		Kinder-Boxcalfstief.	22-26 2.50 Mk.

Gebe rote Rabattmarken

trozt der kolossal billigen Preise.

Alle farbig. Schuhwaren hervorragend billig!

Marlesgrube 2 u. 4

und

Ecke Klingenberg 5

Louis Levy.

Waschgarnituren

komplett 1.90, 2, 2.65 Mk.

Sportwagen

6.50, 7.25, 8.50, 10 bis 25 Mk.

Kinderwagen mit 10 pCt. Rabatt.

Picknick-Dosen 48, 65, 100, 120 Pfg.

Riesen-Bazar

Breitestr. 33.

Pietro Cagna.

Breitestr. 33.

5 Pfg. pro Pfund an aufwärts zahle für
**Hausstands- und
Landlempen.**
Alfstraße 37.

Uhren, Gold- u. Silbermar.
anerkannt billig bei
Ernst Gentzen
Uhrmacher,
Königsstraße 62, bei der Börse

M. Lahrtz, Böttcherstr. 16

Ba. Schweinefl. Pfd. 65 u. 70 Pfg.

Ba. dicke Flohmen Pfd. 65 Pfg.

Prima dickes Eisbein (ohne Knochen) Pfd. 40 Pfg.

Kopf und Bein Pfund 25 Pfg.

Prima Sauerfleisch, fetten und mageren Sped

Pfd. 80 Pfg., bestes weißes Schmalz 70 Pfg.,

va. gelochte Mettwurst, Leberwurst u. ger. Leber-

wurst 70 Pfg., geräuch. Mettwurst Pfd. 80 bis

120 Pfg., Braunschweiger u. Brezwurst 50 Pfg.,

Kuhwurst 50 Pfg., Kopffleisch 30 Pfg., jeden Sonn-

abend von 5 Uhr an: Heiße Knackwurst.

ff. Aufschnitt ff.

Jack's Musik-Instrumente sind überall beliebt.

Nur Königsstraße No. 96.

Schuhwaren-Räumungs-Ausverkauf

wegen Geschäfts-Verlegung nach: **Nr. 2 Huxterdamm Nr. 2.**

Preise bedeutend ermässigt. * Zurückgesetzte Ware unter Einkaufspreis.

Trotz der billigen Preise rote Rabattmarken.

F. Meyer, 118 Huxstraße 118.

Berantwortlicher Redakteur für den gesamten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Rubrik „Lübed und Nachbargebiete“ sowie der mit P. L. gezeichneten Artikel und Notizen: Johannes Stelling. — Verantwortlicher Redakteur für die Rubrik „Lübed und Nachbargebiete“ sowie die mit P. L. gezeichneten Artikel und Notizen: Paul Löwig. — Bedrucker: Theodor Schwarz. — Druck: Friedr. Meyer & Co. — Sämtliche in Lübed.

Saison-Ausverkauf Louis Levy

Klingenberg 5 Ecke Marlesgrube 2 und 4
empfehle als besonders preiswürdig:

Grosse Posten **Jackett-Anzüge** in schwarz, blau u. dunkel gemusterten Stoffen, sonst 12.50, 18.—, 24.—, 36.— Mk., jetzt 8.50, 12.00, 15 und 21 Mk.

Grosser Posten **Sommer-Valstots** in hell und dunkel, um gänzlich damit zu räumen, weit unter Einkaufspreis, sonst 12, 16.50, 21, 26 Mk., jetzt 5, 8.50, 12 bis 15 Mk.

Grosse Posten **Buckskin-Hosen** in dunklen u. hell. Stoffen jetzt 2.00, 3.50, 4.35 Mk.

Grosse Posten **Knaben-Anzüge** in allen Gröss. in Jack- und Blusenform jetzt 2.60, 3.50, 4.75, 6.00 Mk.

Grosse Posten **Sommer-, Wasch- und Ledenhjopen** für Herren jetzt 1.25, 2.00, 3.50, 4.50 Mk.

Grosse Posten **Wasch-Blusen und Anzüge** in wasch-echten Stoffen jetzt 1.10, 2.00, 3.25 Mk.

Gr. Post. **Regatta-Mützen** in blau mit rot. Futt. jetzt 1.15.

Trotz dieser enorm billigen Preise
rote Rabattmarken.

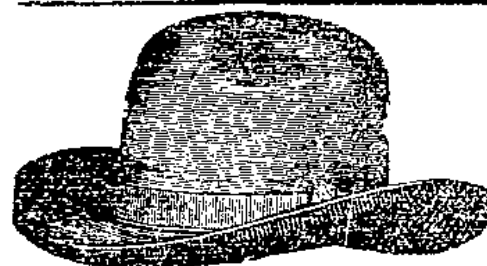
Gr. Posten **Sport-Vorhenden** zum Aussuchen jetzt 35 Pf.

Gr. Posten **Schwarz-weiß gestreifte Knaben-Mützen** jetzt 40 Pf.

Gr. Posten **Hafenträger**, sonst 1—1.30 Mk., jetzt 65 Pf.

Gr. Posten **Krawatten** zum Aussuchen Stck. 35 Pfg.

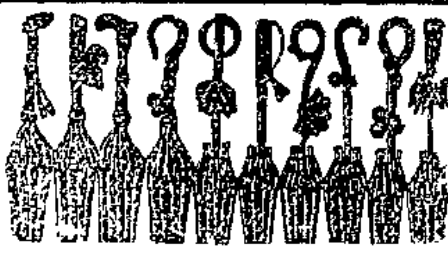
Beachten Sie meine Schauwenster!



Strohhüte

10—20 pCt. Rabatt.

Filzhüte, Zylinder und Mützen.



Sonnen-Schirme und En-tout-Cas zu jedem Preis.
Regenschirme in größter Auswahl.

Enorm billige Preise; trotzdem Rote Rabattmarken.

H. Stoppelman, Schirmfabrik und Hut-Bazar.

Königsstraße 73, Eingang Huxstraße.

Zum billigen
Uhren-Schulz
ob. Johannisstraße 20.
Enormes Lager
Uhren * Ketten —
Gold- u. Silberwaren
gold. Trauringe. 1899 gef.
Rathenower Brillen.

Eigene Werkstatt.
Verkauf u. Reparaturen unter Garantie.

Betten, Bettfedern
u. a. **Betten-Artikel**
kaufen Sie billig und recht bei
Markt Otto Albers Kohlm.
4. **10.**
3. B. komplette Betten von 12.50 Mk. an,
Federn pr. Pfd. von 45 Pf. bis 4 Mk.
Rote Lubeca-Marken.

Woll-Büssel

Huxstr. 37 Laden rechts. Huxstr. 37

Herren-Buckskin-Jack.-Anzüge

Mk. 8, 9, 10, 12, 15.

Herren-Cheviot-Jackett-Anzüge

Mk. 12, 13.50, 15, 17.50, 20.

Herren-Kammg.-Jackett-Anzüge

Mk. 15, 17, 20, 25, 30, 35.

Herren-Hosen

Mk. 1.75, 2.50, 3, 4, 5, 6, 8, 9.50.

Filz- und Strohhüte, größte Ausw., neueste

Fassons, billigste Preise.

Neu aufgenommen. **Knaben-Anzüge,**

größte Auswahl, billigste Preise.

Laden links:

Wollgarn u. Trikotagen-Spezial-Geschäft

Anlauf von roher Wolle.

Spinnweb für Wolle Pfd. 50 Pfg.

Turnverein

Stockelsdorf

und Umgegend.

Einweihung der Turnhalle

am Sonntag den 1. Juli 1906.

Nachmittags 3 Uhr

im Festlokale P. L. Paetau, Fackenburg:

Weiherede.

Festredner: J. Stelling-Lübeck.

Nachdem: **Öffentliches Schachturnen** auf

dem Marktplatz.

Hierauf: **Ball im Festlokale.**

Die umliegenden Brudervereine sind hierzu ein- geladen.

Der Vorstand.